

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Nifringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckanschrift: Copadieuß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung überfalls 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Dezember 1930

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Schafft billige Wohnheimstätten.

Ein Gesetzentwurf der Sozialdemokratie.

SPD. Die Sozialdemokratische Partei hat im Reichstag den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes eingebracht. Damit setzt sie ihre Bestrebungen zur Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für die breiten Schichten des Volkes in einem Augenblick fort, in dem die soziale Wohnbautätigkeit durch die beabsichtigte Kürzung der Hauszinssteuermittel gefährdet wird. Gegenüber diesen Angriffen auf eine moderne, den berechtigten Forderungen der breiten Massen entsprechende Wohnungspolitik muss mit dem stärksten Nachdruck an die Zusicherungen erinnert werden, die die Reichsverfassung in ihrem Artikel 155 macht. Dort heisst es: "Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Missbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern....."

Wenn diese Zusicherung nicht ein leeres Versprechen bleiben soll, muss endlich mit ihrer Verwirklichung ernst gemacht werden. Den Weg dazu zeigt der von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Gesetzentwurf, dessen wichtigste Bestimmungen im folgenden kurz erläutert werden sollen.

Der Gesetzentwurf gibt den Gemeinden als den Stellen, die die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung am besten übersehen, erweiterte Rechte für ihre sozialen Wohnbaubestrebungen. Diese Bemühungen sind darauf gerichtet, Grundbesitz zu erschwinglichen Preisen zu erlangen, weil erst dann der Bevölkerung für den Wohn- und Eigenheimbau billiges Land zur Verfügung gestellt und ihr der Erwerb gesunder und kulturell befriedigender Heimstätten erleichtert werden kann. Ausserdem hängt von der Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden die Schaffung von Siedlungsland, von Grünanlagen und ein zweckmässiger Strassenbau ab.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist den Gemeinden bisher in grossem Umfang erschwert. Das liegt vorwiegend an zwei Umständen. Ein grosszügiger Ankauf von Grundbesitz wird in vielen Fällen durch die private Bodenspekulation verhindert die mit ihren hohen Preisen den Gemeinden die Grundstücke wegschnappt. Darum sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Gemeinden in allen Fällen, in denen Grund und Boden zur Veräusserung gelangt, ein Vorkaufsrecht erhalten. Dadurch wird erreicht, dass im Bedarfsfalle die Bereitstellung von Wohnland der privaten Grundstücksverwertung vorgeht. Ausserdem erhalten die Gemeinden die Möglichkeit, den von ihnen bewirtschafteten in den meisten Fällen unzusammenhängenden, zerstückelten Grund und Boden durch Ankauf von privaten Grundstücken zu einer grossen einheitlichen Grundfläche zu verwandeln. Damit wäre die Voraussetzung für die Schaffung von Siedlungsland und Grünanlagen gegeben.

Das Vorkaufsrecht allein genügt jedoch nicht, um in allen Fällen diese Aufgaben erfüllen zu können. Dringliche Erfordernisse der kommunalen Wohnungs- und Siedlungspolitik können sehr häufig nicht befriedigt werden, weil die privaten

Grundbesitzer sich zu einem Verkauf nicht herbeilassen. Dann kann das Wohnungselend nur deshalb nicht beseitigt werden, weil an der Unantastbarkeit des Privateigentums ohne Rücksicht auf die drängendsten Bedürfnisse der unbemittelten Volkskreise festgehalten wird. Um diesen jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn sprechenden Zustand zu beseitigen, verschafft der Gesetzentwurf den Gemeinden das Enteignungsrecht. Es soll angewendet werden, wenn die Erhaltung des Privateigentums in krassem Widerspruch steht zu dem Gebot der Reichsverfassung: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste".

Die Enteignung soll nicht entschädigungslos vorgenommen werden. Andererseits soll aber der Eigentümer nicht eine ungerechtfertigt hohe Entschädigung verlangen können, denn dann käme eine Enteignung durch Gemeinden nicht in Betracht. Darum sieht der Gesetzentwurf eine Entschädigung vor, die nach dem der Grundstücksbesteuerung zu Grunde liegenden Wert bemessen wird. Das dürfte übrigens die Nebenwirkung einer Hebung der Steuermoral haben. Ist es doch gegenwärtig gerichtsnotorisch, dass viele Grundstücke nicht zu ihrem wahren, sondern zu einem viel niedrigeren Wert besteuert werden. An einer solchen Steuerfestsetzung wird aber den Eigentümern der Geschmack vergehen, wenn sie zu gewärtigen haben, dass die Gemeinden zu dem gleich niedrigen Steuerwert ihnen die Grundstücke enteignen.

Diese in grossen Zügen geschilderten Absichten des von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurfs werden in allen sozialdenkenden Kreisen des deutschen Volkes auf volles Verständnis stossen. Seine geschworenen Gegner dagegen sind jene unentwegten Ritter der privatkapitalistischen Eigentumsordnung, die sich in ihrem Kampf gegen alle sozialen Verbesserungen in der grossindustriellen Volkspartei, in der Wirtschaftspartei der Haus- und Grundbesitzer und in der Deutschnationalen Partei der Junker vereinigt haben. Aber auch in den anderen bürgerlichen Parteien sitzen genug Elemente, die sich gegen den sozialdemokratischen Gesetzentwurf stemmen werden.

Sie alle haben sich schon einmal gegen ein Wohnheimstättengesetz ausgesprochen. Das war im Mai 1926, als der Reichstag von der Regierung die Vorlage eines solchen Gesetzes forderte. Damals haben von 111 Deutschnationalen nur 3 für den Antrag gestimmt, und von den 51 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei stimmten nur 4 Abgeordnete mit Ja. Das war umso interessanter, als ein paar Jahre vorher die Nationalversammlung auf Anregung derselben Volkspartei die Regierung ersucht hatte, "tunlichst bald einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation und zur sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechts, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, dass die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird". Als es nun im Jahre 1926 ernst werden sollte, hatten die wackeren Volksparteiler sich längst von ihrem grossen Schreck über die Revolution erholt und ihre "auch - soziale" Forderung vergessen. Von der Wirtschaftspartei hatte sich nie ein Abgeordneter für die Unterbreitung des Gesetzes ausgesprochen. Dennoch ist der Antrag angenommen worden. Am 2. Mai 1929 wurde ein von der Demokratischen Partei erneut gestellter Antrag vom Reichstag abgelehnt. Nun ergriff die Sozialdemokratie die Initiative. Ihr Antrag auf Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes wurde am 26. Juni 1929 vom Reichstag angenommen.

Was die bürgerlichen Parteien im Reichstag nicht hatten erreichen können, das gelang ihnen hinten herum: Es ist bis jetzt nicht zur Vorlage des Gesetzes durch die Reichsregierung gekommen. Nun hat die Sozialdemokratie den längst vom ständigen Beirat für Wohnheimstättenwesen ausgearbeiteten Gesetzentwurf von sich aus dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag wird Farbe bekennen müssen. Vor allem die Nationalsozialistische Fraktion, die den Kampf gegen das Eigentum an Grund und Boden zwar programmatisch forderte, aber auf Befehl Hitlers längst preisgegeben hat.

SPD. Halberstadt, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte am Mittwoch 15 Arbeiter wegen Landfriedensbruches zu je 3 Monaten Gefängnis und 4 Arbeiter zu je 8 Monaten Gefängnis. Gegen das Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Die Arbeiter standen unter der Anklage des Landfriedensbruches, weil sie sich am 22. September gegen Magdeburger Nationalsozialisten, die nach Quedlinburg gekommen waren, um "Betrieb zu machen" und Arbeiter zu bedrohen, zur Wehr gesetzt hatten. Wer von den beiden Parteien mit den Tötlichkeiten begonnen hatte, liess sich aus dem Verlauf der Verhandlungen nicht entnehmen. Die Nationalsozialisten traten dennoch nicht ebenfalls als Angeklagte sondern als Zeugen auf, und während das Gericht den Herren Nazis alles aufs Wort glaubte, wurden die angeklagten Arbeiter wie dumme Jungen behandelt. Vor allem fiel im Verlauf der Verhandlungen auf, dass der Vorsitzende sich stets nach der Parteizugehörigkeit der einzelnen Angeklagten erkundigte.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Nachdem die verschiedenen politischen Kundgebungen in den letzten Tagen trotz geringfügiger Beteiligung (in keinem Falle mehr als 6000) eine Störung der öffentlichen Ordnung herbeigeführt haben, hat der Polizeipräsident in Berlin auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung vom Mittwoch, den 10. Dezember 1930 ab 14 Uhr sämtliche Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Dieses Verbot wird bis auf weiteres aufrecht erhalten mit der Ausnahme, dass eine Anzahl von Plätzen, deren Namen noch bekanntgegeben wird, für Versammlungen freigegeben bleibt. Umzüge bleiben auch dann in jedem Falle untersagt. In den übrigen Strassen und Plätzen wird jede Ansammlung unter Umständen ohne vorherige Warnung polizeilich zerstreut."

SPD. Essen, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen über die Neuregelung des Lohntarifs im Ruhrbergbau, die am Mittwoch in Essen stattfanden, sind nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Die Unternehmer-Vertreter forderten einen Lohnabbau von 12 Prozent, während die Vertreter der Bergarbeiter-Gewerkschaften einmütig jeden Lohnabbau ablehnten. Zur Begründung ihrer Haltung verwiesen die Unternehmer vor allem auf die Kohlenpreiserhöhung hin, die listenmässig 8,8 % ausmache. Diese Preissenkung in Verbindung mit dem allgemeinen Preisrückgang würde eine Lohnsenkung unbedingt notwendig machen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung verwiesen die Gewerkschaftsvertreter darauf, dass die Arbeitskosten im Ruhrbergbau seit April 1928 um 6 % gesunken seien. Die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen lasse daher den vorgenommenen Preisabbau ohne Lohnsenkung ermöglichen. Was die Senkung des Lebenshaltungs-Index anbelange; so entspreche der Rückgang von ca. 5 % im gleichen Zeitraum dem gesunkenen Lohnanteil. Vor allem sei zu berücksichtigen, dass das durchschnittliche Monatseinkommen der Bergarbeiter an der Ruhr sich seit März 1928 verschlechtert habe. Abgesehen von diesen Erwägungen sei die gegenwärtige Krisennot nur von der Stärkung der Konsumenten-seite zu beheben.

Da eine Annäherung der Parteien nicht zu erzielen war, wurden die Besprechungen abgebrochen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter werden voraussichtlich am 19. Dezember stattfinden.

SPD. Stockholm, 10. Dezember (Eig. Drahtb)

Am Mittwoch-Mittag um 1 Uhr fand hier im Nobel-Institut die feierliche Ueberreichung der Nobel-Friedenspreise für 1929 und 1930 an den ehemaligen amerikanischen Aussenminister Kellogg und schwedischen Erzbischof Söderblom statt. Der norwegische König und Kronprinz wohnten der Festlichkeit bei.

Die Feier wurde durch das Orchester des Nationaltheaters eingeleitet, das die Egmont-Ouvertüre Beethovens spielte. Dann hielt der Vorsitzende des Nobel-Komitees Professor Stang eine Begrüßungsansprache, der eine Rede des norwegischen Premierministers Mowinkel an Kellogg und Söderblom folgte. Anschließend legte Kellogg in einer längeren Rede seine Auffassung über den Frieden dar, die in der Ueberzeugung gipfelte, dass ein nochmaliger Weltkrieg den Untergang der westlichen Zivilisation bedeute und mit allen Kräften vermieden werden müsse. Erzbischof Söderblom schilderte der Festversammlung die pazifistischen Anschauungen des Stifters der Nobel-Preise Alfred Nobel, die auch heute noch Gültigkeit hätten.

SPD. Essen, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Auf einer RGO-Konferenz in Essen, an der ungefähr 270 Funktionäre teilnahmen, darunter etwa 80 Bergarbeiter, sprach der kommunistische Gewerkschaftsleiter Saefkow über den vorzubereitenden Bergarbeiterstreik.

Der Streik müsse unter allen Umständen - so führte Saefkow aus - noch vor dem 1. Januar begonnen werden, weil um diese Zeit weitere Tarife abliefen und die Streikfront gestärkt werden müsse. Allerdings beständen erst bei 12 von 30 Schachtanlagen im Unterbezirk Essen Kampfausschüsse. Die örtlichen Parteileitungen müssten sich mehr um die Sache kümmern. Der zentrale Kampfausschuss werde bald einen Streikaufruf an alle Belegschaften erlassen. Dieser Aufruf müsse in allen Schachtanlagen angeklagt und von den Erwerbslosenstaffeln bewacht werden. In den nächsten Tagen würden für 2 000 Mark Flugblätter unter die Bergarbeiter geworfen werden. Wenn sich die Gewerkschaften gegen den Streik wenden sollten, so werde nach Berliner Beispiel ein Roter Bergarbeiter-Verband gegründet werden. Dazu müsse die RGO-Gruppe besonders werben; denn der jetzige Stand von 5 000 Mitgliedern sei zu gering.

SPD. Am Donnerstag wird sich die Ober-Filmprüfstelle mit den Anträgen mehrerer Landesregierungen beschäftigen, die weitere Aufführung des Bildstreifens "Im Westen nichts Neues" zu verbieten. Die Verhandlungen werden unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Seeger vom Reichsinnenministerium stattfinden. Ausser ihm gehören der Ober-Filmprüfstelle an der deutsch-nationale Abgeordnete und frühere Chefredakteur der "Deutschen Tageszeitung" Paul Baecker, der christlichsoziale Professor Dr. Hinderer, die Schwester des Generals Reinhardt und ein Arbeitnehmersvertreter.

Man muss auf Grund dieser Zusammensetzung damit rechnen, dass Oberregierungsrat Seeger überstimmt und im Sinne des Straßenpöbels mit 3 zu 2 Stimmen ein Majoritätsbeschluss gegen den Film gefasst wird, der gleichbedeutend ist mit seinem Verbot. Die Angelegenheit dürfte damit jedoch nicht erledigt sein.

Der Film "Im Westen nichts Neues" wurde am Mittwoch im Reichsministerium des Innern Mitgliedern der Reichsregierung vorgeführt. Die Nachricht, dass sich das Kabinett in diesen Tagen mit der Frage eines Verbots des Filmes beschäftigen werde, trifft nicht zu. Die für ein Verbot allein zuständige Instanz ist die Ober-Filmprüfstelle.

SPD. Paris, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskrise in Frankreich hat am Mittwoch den höchsten Grad der Spannung erreicht. Der Hauptleidtragende, Senator Laval, der die neue Regierung bilden soll, schwankt zwischen Hoffnung und Verzweiflung hin und her. Er hat am Mittwoch nachmittag einen letzten Versuch bei Poincaré unternommen, um diesen als Schiedsrichter anzurufen und sich von ihm noch einmal Mut einflößen zu lassen. Dann hat er die Parteiführer der beiden feindlichen Parteien, Herriot von den Radikalen und Marin von der republikanischen Union zu sich berufen, um sie in direkter Aussprache vielleicht doch noch zu versöhnen.

Die parteipolitische Lage hat sich insofern verschärft, als die Radikalen von Kammer und Senat am Mittwoch einstimmig beschlossen haben, weder mit Tardieu noch mit den Marin-Leuten zusammenzuarbeiten. Sie betonen ausdrücklich, dass einzig und allein die persönliche Anmassung Tardieus diesen Beschluss notwendig gemacht habe. Denn Tardieu habe im Widerspruch zur Verfassung und Tradition versucht, den mit der Neubildung der Regierung beauftragten Politiker unrechtmässig seinen Willen aufzuzwingen.

Die verzweifelten Anstrengungen Tardieus, unter allen Umständen in der Regierung zu bleiben und damit das Heft in der Hand zu behalten, erklären sich, wie sich immer deutlicher zeigt, daraus, dass er neue Enthüllungen über seine Rolle im Oustric-Skandal ersticken will. Der sozialistische "Populaire" hat schon am Mittwoch morgen erklärt, dass dieser Skandal erst in seinen Anfängen stehe und dass er über kurz oder lang mit dem Untergang Tardieus enden werde. In der Tat, die üblen Gerüchte, die in parlamentarischen Kreisen umlaufen und die zum Teil schon Eingang in eine gewisse Presse gefunden haben, lassen die Prophezeiung des sozialistischen Blattes mehr als begründet erscheinen.

Nach all diesen Umständen darf man annehmen, dass Laval schliesslich gezwungen sein wird, entweder zu verzichten oder Tardieu zuliebe ein Minderheitskabinett ohne die Radikalen und ohne die Marin-Leute zu bilden. Es wird ihm hier allerdings wiederum sehr schwer fallen, die Mitarbeit der Franklin-Bouillon-Gruppe und die der Loucheur-Gruppe zu gewinnen. Loucheur selbst hat übrigens schon am Dienstag seine Mitarbeit abgelehnt.

-----

SPD. Der Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat dem thüringischen Naziminister Dr. Frick, auf dessen Antrag die Genehmigung der Reichsregierung zum Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gera, zu erteilen, vor wenigen Tagen eine Antwort zukommen lassen, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig lässt.

In dem Schreiben wird u.a. darauf verwiesen, dass ähnliche Vorwürfe, wie sie von Frick gegen das Reichsbanner erhoben worden sind, schon vor Monaten wiederholt gegen den Thüringer Stahlhelm und die Thüringer Nationalsozialisten erhoben wurden, ohne dass Frick auf diese ihm amtlich bekannten Vorwürfe auch nur irgendwie reagiert hätte. Der Reichsminister des Innern fragt den thüringischen Naziminister in seinem Antwortschreiben deshalb, welcher Unterschied zwischen den Vorwürfen gegen die Rechtsverbände und gegen das Reichsbanner besteht, und warum er in dem einen Falle eingegriffen habe, in dem anderen Falle aber nicht. Wirth ersucht ferner um eine genauere Präzisierung der Vorwürfe gegen das Reichsbanner, Ortsgruppe Gera.

Der Brief des Reichsinnenministers schliesst mit einem scharfen Protest gegen die Veröffentlichung der gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe durch Frick, noch ehe, entgegen dem bisherigen Brauch die Angaben von einer objektiven Instanz hätten geprüft werden können.

SPD. Paris, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch berichtet der "Intransigeant" zu dem Abkommen, das der fä-schistische Aussenminister Grandi mit dem Bolschewisten Litwinow bei deren Zusammenkunft in Mailand abgeschlossen hat und nach dem Russland sich verpflichtet, mehrere Einheiten für seine Schwarze Meer-Flotte auf italienischen Werften zu bauen, nähere Einzelheiten. Danach sollen die Schiffe in Gegenwart russischer Arbeiter gebaut werden, um die Russen über die modernsten Konstruktionsmethoden zu unterrichten. Später will Russland die Fertigstellung seiner Flotte in eigenen Häfen besorgen, wobei italienischen Spezialisten die Leitung übertragen werden soll. Russland soll sich jedoch verpflichtet haben, die Materialien und Maschinen für die ganze Schwarze Meer-Flotte ausschliesslich in Italien zu kaufen.

SPD. Prag, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Tschechische bürgerliche Blätter machen am Mittwoch auf häufige Besprechungen Goebbels und anderer reichsdeutscher Nationalsozialisten mit tschechischen Hakenkreuzlern aufmerksam. Von der Regierung wird die Verhinderung dieser Umtriebe gefordert.

SPD. Weimar, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Thüringer Landtag wurden am Mittwoch zwei grosse Anfragen beraten, von denen die eine die Zeugenaussagen vor dem Staatsgerichtshof in Sachen des Polizeistreits Reich-Thüringen und die andere die Haussuchungen in den Geschäftsräumen des Reichsbanners in Weimar betraf.

Der Nazi-Abgeordnete Saukel begründete beide Anfragen u.a. mit abfälligen Bemerkungen gegen den Reichsinnenminister Dr. Wirth. Frick selbst war nicht anwesend. Seine Antwort, die er durch einen Ministerialdirektor verlesen liess, war eine einseitig zusammengestellte Rechtfertigung der Frick'schen Polizeipolitik und eine "Anklage" gegen den Reichsinnenminister Dr. Wirth. Sie strotzte von Ausdrücken wie Spitzel- und Denunziantentum.

Abgeordneter Frölich (Soz) hielt mit Frick scharfe Abrechnung und zeigte, wo das Spitzel- und Denunziantentum in Wirklichkeit zu finden ist. Die Hiebe sassen so, dass die Nazis versuchten, den Redner niederzubrüllen. - Der Abgeordnete Kallenbach (Dem) führte aus, dass, solange ein Staatsfeind an der Spitze der Regierung in Thüringen stehe, Ruhe nicht eintreten werde. Alle anderen bürgerlichen Parteien schwiegen sich zu den beiden grossen Anfragen der Nationalsozialisten aus.

SPD. Stockholm, 10. Dezember (Eig. Dr.)

In Anwesenheit des schwedischen Premierministers, zahlreicher Mitglieder des schwedischen königlichen Hauses, des diplomatischen Korps und einer grossen Anzahl von Vertretern der schwedischen Wissenschaft erfolgte am Mittwoch nachmittag im Stockholmer Konzerthaus die feierliche Ueberreichung der diesjährigen Nobelpreise an die Preisträger Professor Fischer-München, Professor Raman-Kalkutta, Professor Landsteiner-New York und den amerikanischen Schriftsteller Sinclais Lewis. Als Professor Fischer das Nobeldiplom aus der Hand des schwedischen Königs in Empfang nahm, schwenkten schwedische Studenten in weisser Mütze die deutsche Flagge zum Salut, eine Ehrung, die in entsprechender Weise auch den übrigen Preisträgern zuteil wurde. Besonders leb-

haften Beifall fand auch die Überreichung des Literaturpreises an Sinclair Lewis, den "unvergleichlichen Schilderer des kleinstädtischen Philistertums", wie sich der Sekretär der Schwedischen Akademie Dr. Karlfeldt in seiner Begründungsansprache ausdrückte. Im Anschluss an die Konzerthausfeier fand ein Festessen im Stockholmer Stadthaus statt.

SPD. "Heute stehen wir vor der Entlarvung des grössten politischen Lügensystems aller Zeiten." Dieser Satz steht in dem Aufruf der nationalsozialistischen Partei zur Reichstagswahl am 14. September.

Die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage haben inzwischen gezeigt, dass wir nicht mehr vor, sondern mitten in der Entlarvung dieses Lügensystems stehen. Was haben die Hakenkreuzler dem Volke vor und während der Wahl nicht alles versprochen! Brechung der Zinsknechtschaft, Enteignung der Bank- und Börsenfürsten, Beseitigung des Börsenspiels, Rettung des Mittelstandes, und schliesslich auch noch den Sozialismus für den Arbeiter. Und was ist von diesen Versprechungen übrig geblieben?

Der Finanzsachverständige der nationalsozialistischen Partei, Herr Gottfried Feder, der während des Hitlerputsches schnell noch sein Vermögen in Sicherheit brachte, bevor er das gleiche allen anderen verbot, rief den Unternehmern aus der Volkspartei zu: "Sie haben gar keine Ursache, uns sozialistische Tendenzen zu unterschlagen."

Im Reichsrat stimmten die Vertreter der nationalsozialistisch beherrschten Regierungen von Thüringen und Braunschweig für die Erhöhung der Hypothekenzinsen von 5 auf  $7\frac{1}{2}$  Prozent, während sie gleichzeitig im Reichstag die Herabsetzung des Zinsfusses auf 5 Prozent beantragten.

Am deutlichsten aber war die Selbstentlarvung der Hakenkreuzler in der Reichstags-sitzung vom Dienstag. In ihrem Parteiprogramm fordern die Nazis neben der Brechung der Zinsknechtschaft noch die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens und Herr Feder wendet sich in seiner Erklärung zu diesem Programm noch ausdrücklich gegen die "unersättliche Profitgier der Aufsichtsräte und Aktionäre". Für die Sonderbesteuerung aller Vermögen über 500 000 Reichsmark, der Dividenden, Aufsichtsratsstantiemen, sowie aller Einkommen über 50 000 Mark stimmten aber nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Die 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten lehnten zusammen mit allen anderen bürgerlichen Parteien die betreffenden Anträge ab.

"Das Volk soll zur Meinung gebracht werden, als würden sich plötzlich neue Kräfte um seine politische Zukunft bemühen." Auch das steht in dem Wahlaufruf der nationalsozialistischen Partei.

Jetzt haben wir gesehen, wie diese "neuen Kräfte" aussehen. Hüter des Geldsacks, Beschützer des Grosskapitals, Interessenvertreter der Tantiemen- und Dividendenjäger: das ist das wahre Gesicht der nationalsozialistischen Partei!

SPD. Kopenhagen, 10. Dez. (Eig. Draht)

Als Sozialminister Steinckes in der Mittwochsitzung des Folkething im Begriff stand den Gesetzentwurf zur Sozialreform zu begründen, wurde von der dichtbesetzten Tribüne ein Revolverschuss gegen ihn abgegeben. Der Schuss, der mit dem Ruf fiel: "Im Namen der Arbeitslosen" ging fehl, da zwei auf der Zuschauertribüne sitzende Kriminalbeamte noch im rechten Augenblick den Arm des Attentäters in die Höhe schlagen konnten.

Der Täter, ein Kopenhagener Arbeitsloser, wurde verhaftet. Minister Steinckes setzte seine Rede trotz der im Parlament entstandenen Panik ohne Unterbrechung fort.

SPD. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag.

-----

SPD. Hamburg, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

In St. Pauli kam es am Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizeibeamten, in deren Verlauf ein Bäcker so schwer verletzt wurde, dass er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Die Kommunisten versuchten am Mittwoch-Nachmittag trotz eines Verbots der Polizei grosse Massenversammlungen abzuhalten. Vor allem bildeten sich in St. Pauli immer wieder Ansammlungen, die von der Polizei mit Gewalt zerstreut werden mussten. Als die Beamten schliesslich tätlich angegriffen wurden, machten sie von der Schusswaffe Gebrauch.

-----

SPD. Amsterdam, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch stattgefundene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählte den von der tschechoslowakischen Landeszentrale vorgeschlagenen Georg Stolz zum Untersekretär. Der im Jahre 1898 geborene Untersekretär gehörte zeitweilig dem tschechischen Ernährungsministerium an und war seit 1927 literarischer Mitarbeiter des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes. Der bisherige Generalsekretär Sassenbach erklärte sich bereit, bis Ende Januar in seiner Funktion zu bleiben.

Beschlossen wurde ferner nach der Bekanntgabe des Vorentwurfs einer Bergbaukonvention durch das Internationale Arbeitsamt eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes des IGB und der Exekutive der Bergarbeiterinternationale abzuhalten. Die gemeinsame Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des IGB zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird vom 20. bis 22. Januar in Zürich tagen. Im Anschluss daran findet am 23. und 24. Januar in Zürich die nächste Vorstandssitzung des IGB statt.

-----

SPD. Wien, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Major Pabst, der die "Wiener Allgemeine Zeitung" wegen des Vorwurfs hochverräterischer Umtriebe verklagt hatte, hat diese Klage am Mittwoch mit der Begründung zurückgezogen, dass seine Verfolgung wegen Hochverrats inzwischen eingestellt worden sei. In Wirklichkeit erfolgte die Rücknahme, nachdem der verantwortliche Redakteur des Blattes in der ersten Verhandlung vor Gericht einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angeboten hat.

-----

SPD. Stuttgart, 10. Dezember (Eig. Dr.)

In der württembergischen Staatsgalerie hängen 3 Gemälde des englischen Malers Gainsborough, die als Kunstwerke ausserordentlich hoch geschätzt werden. Sie stellen Persönlichkeiten dar, die mit dem früheren württembergischen Fürstenhause verwandt waren und gehören zu einer sogenannten "Prinzessin-Mathilde-Stiftung", auf die der württembergische Staat beim Uebergang des Krongutes auf den Staat Ansprüche erhoben hat. Leider ist aber das herzogliche Haus mit seiner Behauptung, dass diese Stiftung sein Privateigentum sei, bei den Gerichten durchgedrungen. Seitdem gehören diese Bilder nur noch in der Form von Leihgaben zum Bestand der Staatsgalerie. Nun soll die herzogliche Familie beabsichtigen, das bedeutendste dieser Bilder nach Amerika zu

verkaufen, worüber die Verhandlungen schon weit gediehen seien. Hoffentlich gelingt es noch rechtzeitig auf Grund der vorhandenen Bestimmungen zum Schutze des deutschen Kunstbesitzes, den Abschluss dieses Geschäftes zu verhindern.

---

SPD. London, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der mit vielem Oel beladene 25 000 Tonnen grosse, der kanadischen Linie gehörende Dampfer "Empress of Scotland" fing in der Nacht zum Mittwoch im Hafen von Blyth (North-Chumberland) Feuer. Erst nach sechs Stunden wurde der Brand entdeckt, allerdings zu spät um wirksam gegen ihn vorgehen zu können. Das Schiff brennt zur Stunde noch und ist nicht mehr zu retten. Vor dem Kriege hiess der Dampfer "Kaiserin Augusta Viktoria" und zählte zum Bestand der Hamburg-Amerika-Linie. Nach den Waffenstillstandsbestimmungen musste er an England abgetreten werden.

---

SPD. London, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Zu den Demonstrationen der Nationalsozialisten gegen den Remarque-Film schreibt der "Daily Herald" in seiner Donnerstag-Ausgabe: "Diese Ausschreitungen zeigen mit grosser Klarheit den sehr gefährlichen Geisteszustand der deutschen Faschisten. Die Millionen Menschen, die in London den Film gesehen haben, wissen sehr gut, wie lächerlich die nationalsozialistische Behauptung ist, er sei deutschfeindlich. In Wahrheit sind die Nazis gegen den Film weil er sich gegen den Krieg richtet, und er ist in der Tat die beste pazifistische Propaganda, die wir seit Jahren hatten, und darum wurde er in London lebhaft begrüsst. Präsident Hindenburg würde gut tun, sich dem Verlangen nach dem Verbot des Films zu widersetzen, denn wenn ein solches Verlangen Erfolg hätte, so würde das einem zivilisierten Volke wenig Kredit bringen!"

---

SPD. London, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Obwohl die "Times" weit entfernt ist, befriedigt zu sein von den Beschlüssen der vorbereitenden Genfer Abrüstungskommission, so ist sie dennoch der Ansicht, dass ein wahrer Fortschritt erzielt worden ist, der, wenn die Regierungen ernstlich dazu bereit seien, den Beginn der europäischen Abrüstung bedeuten könne. Die deutschen Delegierten seien nicht besonders hilfreich bei den Schlussverhandlungen gewesen, meint das führende konservative Blatt, und ihre Haltung sei von Berlin inspiriert worden. Glücklicherweise habe jedoch die Berliner Regierung ihre Genfer Delegierten nicht zurückgezogen und dies wäre ein närrischer Streich gewesen in einem Augenblick, in dem der erste Schritt vorwärts auf dem Wege der Entwaffnung gemacht worden sei.

Ganz anders sieht der Leitartikel des liberalen "News Chronicle" die Beschlüsse der Abrüstungskommission. Für ihn ist das Ergebnis der Kommissionsberatungen eine bittere Enttäuschung, die alle Hoffnung auf eine schnelle und drastische Abrüstung vernichtet hat. Wenn die Haltung des Grafen Bernstorff auch obstruktiv gewesen und nicht zu rechtfertigen sei, so wäre sie doch aus der öffentlichen Meinung Deutschlands heraus zu begreifen. Eins ist für den "News Chronicle" gewiss: wenn Frankreich nicht abrüstet, werde sich Deutschland unvermeidlich wieder bewaffnen.

Der "Daily Herald" teilt weder den Optimismus Lord Cecil's noch den Pessimismus des Grafen Bernstorff. Die Wahrheit, so sagt das Organ der Arbeiterpartei, liege zwischen beiden Extremen. Was erreicht worden sei wäre das Maximum dessen, was durch ein Uebereinkommen erreicht werden könne und in der Abrüstungsfrage gebe es nur durch Uebereinkommen einen Fortschritt. Die Hauptaufgabe bleibe jedoch der Genfer Konferenz selbst überlassen. Darin sei die

eigentliche Arbeit zu leisten. Der "Daily Herald" glaubt nicht daran, dass aus einer Konferenz, wenn sie heute zusammenträte, viel herausspringen würde. Er glaubt nicht, dass Italien heute in eine wirkliche Abrüstung einwilligen würde. Die Staatsmänner aber seien geneigt, die Verantwortung auf die öffentliche Meinung abzuwälzen. Das sei nur bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Die Hauptverhandlung nehme den Staatsmännern niemand ab. Sie würden für ihre feierlich gegebenen Versprechungen gebunden bleiben. Die öffentliche Meinung verlange von den Staatsmännern eine Politik, die in Ehren bestehen könne, denn sie sei eine Politik, von der der Frieden der Welt abhängt.

SPD. Bombay, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Indien schreiten die Terrorakte der allindischen Nationalisten fort. Polizei, die in Chittagong (Bengal) im Zusammenhang mit der Ermordung des Gefängnisdirektors von Kalkutta eine Haussuchung abhalten wollte, entkam nur mit Mühe und Not einer Bombe. Sie explodierte in einem Zimmer, das eben von den Polizeibeamten verlassen worden war.

In den Terrorakten der indischen Nationalisten liegt zweifellos System. Den indischen Nationalisten sind die Verhandlungen und die darin erzielten Erfolge der englisch-indischen Konferenz sehr unangenehm. Sie suchen eine in London zu erreichende Verständigung zwischen England und Indien mit allen Mitteln zu hintertreiben.

SPD. London, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Snowden teilte in der Mittwoch-Sitzung des Unterhauses mit, er hoffe, dass das Parlament vom 19. Dezember bis zum 20. Januar in die Ferien gehen könne.

Auf eine neue konservative Anfrage über Russland teilte Aussenminister Henderson mit, es sei mit der russischen Regierung jetzt ein Uebereinkommen erzielt worden, das in Zukunft Propagandaübertragungen im Rundfunk unmöglich machen werde.

SPD. Brüssel, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Generalrat der sozialistischen Partei Belgiens hielt heute morgen eine grosse Debatte ab über die Kreditanfrage der Regierung im Betrage von 300 Millionen Francs für den Bau neuer Festungswerke in Lüttich, Antwerpen, Namur, Vermonde und Gent. Nach der Rede des Berichterstatters Wauters war die ganze Partei fest entschlossen, gegen die neuen Bewaffnungskredite einen schonungslosen Kampf zu führen. Sie meint, der Bau neuer Festungswerke sei eine Provokation für die Nachbarländer. De Brouckère wies auf die Gefahr für den Frieden hin, die in der Bildung einer Liga unzufriedener Völker in Europa besteht. An dem Tag, an dem ein faschistisches Deutschland wieder bewaffnet wird, wird der Friede bedroht sein, aber wie können wir Deutschland die Bewaffnung verweigern, wenn wir selber Artikel 8 des Versailler Vertrages nicht achten! Wir haben, sagte er, keine einzige Entschuldigung mehr, unsere Bewaffnung nicht zu beschränken. Graf Bernstorff hat Recht, wenn er in Genf die Forderung der Parität in der Sicherheit stellte. Die Sicherheit Deutschlands ist nicht grösser als unsere. Deutschland ist bedroht durch das faschistische Polen. Alle Redner, auch die französisch gesinnten wallonischen Delegierten forderten die Aufhebung des französisch-belgischen Militärabkommens, da allgemein angenommen wird, dass die neue Festungslinie für Belgien vom französischen Generalstab vorgeschlagen worden ist. Vandervelde meinte, das französisch-belgische Militärabkommen habe seit den Locarno-Verträgen keinen Zweck mehr. Er nannte es eine Gefahr für Belgien, da es in Deutschland die Vermutung hervorrufen könnte, Belgien habe gegenüber Frankreich andere Verpflichtungen als gegenüber Deutschland.

## Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 10. Dezember (Eig. Bericht)

Im Westen von Berlin üben seit bald einer Woche die Nationalsozialisten nächtliche Radaumärsche. Dirigiert wird ihr Spektakel von Dr. Goebbels und anderen nationalsozialistischen Gassenbuben, die mit weissen Mäusen und Stinkbomben den Sozialismus vorbereiten, wie sie ihn auffassen. Vor der Polizei haben diese Leute alle eine grosse Angst. Sobald die Schupo naht, lässt sich der Schwächling Goebbels in seinen eleganten Mercedes verpacken und reisst aus. Einer der Nazibonzen ist aber am Dienstag-Abend von der Polizei gefasst worden: Mitglied des Reichstages Regierungsrat a.D. Fabricius. Er sass noch am Mittwoch nachmittag in Polizeihaft, um dem Schnellrichter wegen Beamtenebeleidigung vorgeführt zu werden.

In heller Empörung verlangte der Naziminister Dr. Frick bei der Eröffnung der Reichstagsitzung am Mittwoch die sofortige Freilassung des Fabricius. Der brave Naziführer sei ganz unschuldig. Die Polizei tue dem wackeren Mann Unrecht. Nun weiss man ja aus den Erzählungen des braunschweigischen Lügenministers Dr. Franzen und aus dem Geständnis des Gregor Strasser, dass für die Nationalsozialisten ein Ehrenwort nicht gilt. Was also ist von der Wahrheitsliebe eines Naziabgeordneten zu halten? Nichts. Da Mitte und Sozialdemokraten der sofortigen Behandlung des Falles Fabricius widersprachen, erhoben die Nationalsozialisten ein schrecklich drohendes Gebrüll gegen die Sozialdemokraten. Der Fememörder Heines schwang wild die Hände, die einst einen Menschen kalt gemacht haben und die ihm an Rohheit Verwandten tobten desgleichen. Als Frick mit seinem Antrag abgeblitzt war, verlangte er die Unterbrechung der Sitzung, damit der Ältestenrat zusammentrete. Da neben den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den Landvolk-Abgeordneten sich auch die Kommunisten für die Freilassung des Faschisten Fabricius einsetzten, ergab sich eine Mehrheit von 214 gegen 187 Stimmen bei einer Enthaltung für die Vertagung der Sitzung. Der Erfolg wäre nicht möglich gewesen, wenn Sozialdemokraten und Mitte nicht schwächer besetzt gewesen wären, als es in diesen bewegten Tagen zu rechtfertigen ist. Im Ältestenausschuss wurde beschlossen, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen, die sich bei der Abstimmung gezeigt hatten, dem Antrag auf Freilassung des Fabricius stattzugeben.

Das Haus trat dann in die Beratung des von dem Abgeordneten Dr. Kahl und Genossen eingebrachten Entwurfes eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches ein. Der Entwurf bezweckt die reibungslose Fortführung der durch die Reichstagsauflösung unterbrochenen Ausschussarbeiten über die Strafrechtsreform. Er will verhindern, dass die in jahrelanger Beratung geleistete Ausschussarbeit umsonst gewesen ist. Abg. Dr. Kahl, der Senior der deutschen Juristen, begründete seinen Antrag in einer kurzen Rede. Während dieser Rede gab Präsident Löbe bekannt, dass Dr. Fabricius schon vor Annahme des Haftentlassungsantrages nicht mehr in Haft gewesen sei, also haben die Nationalsozialisten nur wieder einmal Theater gespielt. An schauspielerischen Leistungen, die teilweise nicht mehr an eine dramatische Bühne, sondern an ein Irrenhaus erinnerten, vollführten die Nationalsozialisten in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags überhaupt manchen Auftritt.

Als der kommunistische Abgeordnete Löwenthal den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion vertrat, allerdings in manchmal sehr geschmacklosen Wendungen, erhob sich die ganze Fraktion der Nationalsozialisten mit Ausnahme des durch sein Vizepräsidentenamt zur Würde verpflichteten Abgeordneten Stöhr und drehte dem kommunistischen jüdischen Redner ostentativ für lange Zeit den Rücken zu. Die Kommunisten revanchierten sich bei der folgenden Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frank II durch laute Privatgespräche, die den Präsidenten zu Drohungen mit dem Ausschluss veranlassten, wenn die Kommunisten diesen Störungsversuch fortsetzten. Der nationalsozialistische Redner Dr.

Frank hielt eine vollkommen hemmungslose Rede. Er feierte den Fememord als einen würdigen Beruf. Seinem Vorredner attestierte er jüdische Unverschämtheiten. Schliesslich warf er noch dem Zentrum vor, dass es mit dem katholischen Glauben schmutzige Geschäfte mache. Beim dritten Ordnungsruf entzog ihm der Präsident Löbe das Wort. Man hatte fast den Eindruck, dass dem Manne Unrecht geschehen ist. Er gehört freilich eher in eine Kaltwasser-Heilanstalt als in den Deutschen Reichstag.

Der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld, der nach Dr. Frank sprach, nahm sich dessen ethische Phrasen vor und hielt ihnen die Tatsachen in der nationalsozialistischen Pathologenfraktion entgegen. Da ist zunächst der hochethische Pfarrer Münchmeier, den Rosenfeld den Fleischbeschauer der Nationalsozialisten nannte, weil ihm gerichtlich unsittliches Betasten von Frauen nachgewiesen wurde. Der Nationalsozialist Dr. Frank hatte auch in hoher sittlicher Entrüstung für schärfere Bestrafung der Abtreibung gesprochen. Rosenfeld erinnerte ihn daran, dass in der nationalsozialistischen Fraktion der Abgeordnete Weitze sitzt, der wegen Abtreibung vorbestraft ist.

Während Rosenfelds Rede fing plötzlich der nationalsozialistische Abgeordnete Vetter, auch einer der Nervenkranken dieser Fraktion, an, andere Mitglieder des Hauses zu bedrohen. Er wurde von dem Präsidenten Löbe aus dem Saale gewiesen. Der nächste nationalsozialistische Redner Karpenstein, Rechtsanwalt seines Zeichens, hielt eine flammende Rede gegen die sengende Sonne der Intelligenz, gegen die Intelligenzbestie im Reichstag und feierte die Heiligkeit des Körpers. Dann brachte es dieser Jüngling, der eben erst die juristische Examina mit Ach und Krach bestanden haben dürfte, fertig, den 83 jährigen Strafrechtslehrer Professor Kahl anzuflegeln. Dieser habe kein Verständnis für Deutschlands Recht. Karpenstein gebrauchte sogar in diesem Zusammenhang das Wort "ankotzen". Tief erschüttert ging der Abgeordnete Professor Kahl zur Rednertribüne herauf und erklärte dem Hause, dass er auf sein Schlusswort verzichte. Nationalsozialisten und Kommunisten hätten einen solchen Tiefstand in die Debatte gebracht, dass er nicht fähig sei, das Wort zu nehmen. Er wünsche nur, dass Nationalsozialisten und Kommunisten sich an der Beratung des Strafgesetzbuches nicht beteiligen möchten, das werde der deutschen Gesetzgebung zum Vorteil gereichen. Das Strafgesetzbuch wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen dem Rechtsausschuss überwiesen.

Die stürmischen Auftritte setzten sich fort, als über das Pensionskürzungsgesetz weiter beraten wurde. Der Demokrat Reinhold hielt den Nationalsozialisten vor, dass sie im Wahlkampf gegen die hohen Pensionen und hohen Gehälter gewettert hätten, namentlich auf dem Lande, und nun schützten sie im Reichstag nicht nur die hohen Pensionen, sondern auch die höchsten Doppelverdiener. Wild wurden die Auftritte, als der junge sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Völter eine temperamentvolle und schlagfertige Angriffsrede gegen die Nationalsozialisten hielt. Er hielt dieser Fraktion ihre Revolutionsgewinner unter dem Beamtentum vor, insbesondere ihre Futterkrippenpolitik in Coburg, in Braunschweig und anderwärts. Dann fasste er den Abgeordneten Dr. Frick ins Auge. Als der Sozialdemokrat Frölich Ministerpräsident in Thüringen war, betrug dort das Ministergehalt 7272 Mark. Jetzt streicht dort der Nationalsozialist Dr. Frick 19 000 Mark Gehalt im Jahre ein. Sobald eine marxistenfreie Regierung geschaffen war, haben Deutschnationale und Nationalsozialisten gemeinsam für diese hohen Ministergehälter gesorgt. Derselbe Frick, der in Thüringen 19 000 Mark bezieht, beantragt im Reichstag eine Höchstgrenze für Pensionen von 12 000 Mark. Dieser Frick hat, bevor er Minister wurde, öffentlich gesagt: "Die Minister machen sich die Taschen voll!" Ehe er aber das Ministeramt in Thüringen annahm, hat er für sich selbst ein eigenes Pensionsgesetz in Thüringen schaffen wollen. Dieser selbe Minister Frick hat sich als Jurist durchaus unfähig erwiesen. In allen seinen bisherigen Klagen vor dem Staatsgerichtshof wurde er abgewiesen. Frick, der Mann

mit dem hohen Gehalt und der Ministerpension, hat geradezu einen Rekord an Verfassungsbrüchen in Deutschland aufgestellt.

Die Nationalsozialisten tobten hinter jedem Satz dieser kräftigen Rede. Schliesslich erleidet der nationalsozialistische Abgeordnete Dreher einen Tobsuchtsanfall. Er will sich auf die sozialdemokratische Fraktion stürzen; mehrere nationalsozialistische Abgeordnete halten ihren Kollegen, dem der Schaum vor dem Munde steht, mit Mühe fest. Von der Linken her wird gerufen: "Zwangsjacken für die Nationalsozialisten, Herr Präsident, Zwangsjacken!" Der Nationalsozialist Sprenger meldet sich noch einmal zum Wort, konnte jedoch nichts von der Rede des Abgeordneten Dr. Völter entkräften. Dieser stellte in einer persönlichen Bemerkung fest, dass der nationalsozialistische Redner es nicht einmal gewagt habe, das hohe Ministergehalt seines Fraktionsführers in Thüringen zu verteidigen. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss überwiesen.

Es folgte eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung am Donnerstag. Ausgerechnet ein christlicher Prediger, der deutschnationale Dompfarrer Döring, setzte sich mit fanatischer Kriegsbegeisterung dafür ein, dass die deutschnationale Interpellation gegen den Remarque-Film "Im Westen nichts Neues" noch am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werde. Bei der Abstimmung über diesen Antrag gab es grosse Erregungstürme bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, als mit der übrigen volksparteilichen Fraktion auch der Abgeordnete, Generaloberst von Seeckt, sitzen blieb. Inmitten dieses Gebrülls verliess den Herrn General der Mut und er erhob sich gehorsam auf Zurufe der Nationalsozialisten. Abgelehnt wurden die Forderungen, auf die Tagesordnung vom Donnerstag zu setzen die Misstrauensanträge gegen die Minister Curtius, Dr. Wirth und Treviranus, die Anträge auf Sperrung der Polizeikostenzuschüsse an Thüringen, die Beratung des Reichsschulgesetzes, des Schutzgesetzes der Jugendlichen gegen Lustbarkeiten, die aussenpolitische Debatte und die Anträge auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Es blieb bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung. - Schluss gegen 8 Uhr.

-----  
SPD. Stuttgart, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Das württembergische Innenministerium hat durch die staatliche Pressestelle mitteilen lassen, dass es sich dem vom sächsischen Innenministerium bei der Filmoberprüfstelle in Berlin gestellten Antrag auf Widerruf der Zulassung des Remarque-Filmes "Im Westen nichts Neues" angeschlossen habe. Bei der bekannten Einstellung des Herrn Bolz hat man von ihm kaum etwas anderes erwarten können.

-----  
SPD. Kopenhagen, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Der Revolverschütze aus dem Folkething ist ein junger Agitator der Arbeitslosenorganisation kommunistischer Richtung namens Charles Nielsen. Nielsen und drei seiner Kameraden wurden festgenommen.

# „Aus aller Welt“

## Ausgrabungen! Ausgrabungen!

Die Schätze der "Strasse des Ueberflusses" in Pompeji - Die Fuhde in Herkulanum - Mussolini sucht Beziehungen zu den alten Römern - Das Leben vertrieben, um ein Museum zu errichten.

SPD. Rom, 9. Dezember (Eig. Bericht)

Jetzt haben sie wieder in Pompeji, in dem unerschöpflichen Boden dieser vor 2000 Jahren vom Vesuv zerstörten Stadt, neue Schätze gefunden. Richtige Schätze an Gold- und Silbersachen von unermesslichem Wert... Wer glaubt, diese Stadt sei völlig ausgegraben und zeige, sorgsam in Lavaasche aufbewahrt, ganz das heimische Bild antiken Lebens - wer das glaubt, hat zwar recht beim ersten Anblick, irrt sich aber über dem Umfang der Stadt. Die Ausgrabungen gehen von Jahr zu Jahr unter der Leitung des Professor Majui weiter. Fast von Tag zu Tag findet man neue Dinge.

Die Via del l'Abundanza, deren Ende dieser Tage freigelegt wurde, ist wirklich, dem Sinn ihres Namens getreu, eine Strasse des Ueberflusses. Reiche Leute hatten hier ihre Paläste und Villen. Herrliche Dinge wurden gefunden. So entdeckte man in dem Hause Nr. 4 eine mehrfarbige Apollostatue inmitten eines Säulenvorhofs, der gleichfalls mit seinen farbenfrischen Wandgemälden aufs Wunderbarste erhalten ist. Im gleichen Hause fand man einen unerhört grossen Schatz an Gold und Silber. In einem verkohlten Holzkasten war er aufbewahrt. Es handelt sich um goldene Ketten, Armbänder, Spangen und Broschen; alles ist mit Edelsteinen reich besetzt. Auch viele goldene und silberne Tafelgeräte wurden in der Truhe gefunden; manche der Stücke sind nicht nur von grossem materiellem Wert, sondern auch handwerklich von erlesenstem Reiz. Die seinerzeit in Boscoreal gefundenen Gegenstände, die jetzt im Pariser "Couvre aufbewahrt sind, verblässen hinter diesen neuen pompejanischen.

Und nahebei, unter der Oberfläche der Neapler Vorstadt Resins, führen sie jetzt die Ausgrabungsarbeiten des antiken Herkulanum langsam zu Ende. Herkulanum war von der gleichen Vesuvkatastrophe wie Pompeji betroffen worden. In Herkulanum gestalten sich aber die Ausgrabungsarbeiten viel schwieriger. Eine volkreiche Stadt überlagert das verschüttete Gelände. Aber trotz aller Schwierigkeiten sind jetzt doch schon einige Strassenzüge der antiken Stadt mit schlossartigen Villen, Tempeln und Theatern freigelegt worden. Indes kann man schon heute sagen, dass die Ausbeute kaum so reich sein dürfte wie in Pompeji.

Auch in Rom wird unentwegt weitergebuddelt. Hierbei ist allerdings der Drang des faschistischen Italien, sein Schicksal direkt im Glanz des antiken Roms zu spiegeln, und dessen Tradition, als ob nicht zwei Jahrtausende inzwischen verflossen und die ganze Welt gründlichst umgewandelt wäre, glorreich fortzuführen - mindestens ebenso stark, wie das wissenschaftliche und künstlerische Interesse. Die Markthallen des Trajan sind freigelegt und nun wird weiter an der Freilegung der Plätze um das Capitol und an der Freilegung der Kaiserforen gearbeitet. Viel barockes, schönes Bauwerk muss fallen. Ob Mussolini wirklich zum Vorteil gereicht, was er hier einreissen lässt? Der grosse Reiz dieser jetzt vollkommen veränderten und im Grunde kahlen Gegend war, dass modernes Leben sich in einem hübschen, historischen Rahmen abspielen konnte und dass um Ruinen herum das bunte Leben blühte. Herrliche Säulen und grosse Triumphbögen waren der Hintergrund des Strassenlebens. Heute ist nun alles museumartig geworden. Man hat mitten ins Leben der Stadt richtige Museumszonen

eingeschnitten. Die archäologische Bedeutung der einzelnen Museumsstücke von Kolossalumfang soll nicht unterschätzt werden. Aber trotz mancher Weitung des Blickes über einzelne Plätze hat der Blick aufs Ganze dieser antiken Zonen durchaus nicht gewonnen. Alles wirkt jetzt kühl, hingestellt, künstlich und - was das Peinlichste ist: leicht theatralisch. Aus dem organisch Gewachsenen, organisch Uebereinandergewachsenen wurde etwas künstlich Herausgeschältes.

Fazit: es wird zu viel ausgegraben. Ist denn nicht wirklich die tausendste korinthische oder dorische Säule ohne jedes Interesse: Das unglückseligste Beispiel für die Ueberflüssigkeit mancher Ausgrabungen ist das republikanische Forum am Theater Argentina. Man wollte eine verbreiterte Verkehrsader fürs moderne Rom schaffen und man bewahrte, wie in einem riesigen Strassengrab, ein paar Säulen auf, die man schon hundertfach kennt und die an der Stelle, an der sie stehen, geradezu grotesk wirken.

Aber Mussolini möchte gewissermassen direkt vom Kaiser Nero abstammen, und diese Sehnsucht ist grösser als alle Vernunft.

+ + +

Nazi=M.d.R. als Strassenhetzer.

Herr Fabricius wurde auf frischer Tat ertappt.- Zu einer Geldstrafe verurteilt

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius, der bei den Nazikrawallen am Dienstag abend im Westen Berlins festgenommen worden war, wurde vom Berliner Schnellrichter wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu 30 und wegen Beamtenbeleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat und drei Tage Gefängnis beantragt. Gegen das Urteil des Gerichts legte die Staatsanwaltschaft sofort Berufung ein.

Der Angeklagte ist jener famose Herr Fabricius, der sich schon durch mancherlei trübe Affären einen wahrhaft berühmten Namen gemacht hat. Es erscheint allerdings vor Gericht kein eisenfester Recke, der bereit ist, für seine Tat einzustehen, sondern ein dünnlicher Herr mit riesiger Intellektuellen-Hornbrille und einem verkrampften, spitzigen Gesicht, der in bewegten Worten seine Unschuld bezeugt und einen recht ängstlichen Eindruck macht. Herr Fabricius, der mit leiser belegter Stimme seine Personalien angibt - er ist noch nicht vorbestraft - scheint sehr zart besaitet zu sein; er sagt, dass ihn die letzte schlaflose Nacht, die er auf der Polizei zubringen musste, so zerrüttet habe, dass er befürchte, der Verhandlung nicht gewachsen zu sein. Auch ist der tapfere Nazi vorsichtig genug, sich in seiner Sache zwei Verteidiger, den aus dem Röntgentaler Prozess unliebsam bekannten Rechtsanwalt Becker und den Naziabgeordneten Frank II-München, zu bestellen.

+

Natürlich ist Herr Fabricius die Unschuld selbst. Es ist ihm ganz unverständlich, wieso man ihn in Haft genommen hat. Angeblich ist er ganz höflich an den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, herangetreten und hat ihn um eine Auskunft gefragt. Heimannsberg habe ihn grob abgewiesen, worauf er nochmals an ihn herangetreten sei. Darauf sei er verhaftet worden. Polizeioberst Heimannsberg bestätigt als Zeuge unter seinem Eid, dass ihn Fabricius anhaltend gestört und belästigt habe. Der mehrfachen Aufforderung weiter zu gehen und keine Zusammenrottung zu veranlassen, habe Fabricius demonstrativ keine Folge geleistet. Rechtsanwalt Frank II, der recht provokatorisch auftritt, fragt Heimannsberg, warum er nicht auf den Reichstagsausweis des Ab-

geordneten Rücksicht genommen habe. Heimannsberg erwidert sehr richtig, dass es seine Aufgabe gewesen wäre, für Ordnung zu sorgen und gegen alle die Leute vorzugehen, die es darauf angelegt hätten, sie zu stören und den polizeilichen Anordnungen Widerstand zu leisten. Polizeimajor Heinrich, der gehört hat, wie Fabricius auf den Polizeikommandeur schimpfte, bestätigt die Aussagen des ersten Zeugen. Er bekundet, dass Fabricius auf dem Polizeirevier zu einem Schupobeamten, der gesagt habe, er könne beschwören, dass Fabricius die polizeilichen Anordnungen nicht befolgt habe, in ironischem Tonfall bemerkte: "Na, Sie beschwören ja alles!" Sehr lustig ist es, wie nachher Rechtsanwalt Frank II diese unglaublich freche Bemerkung des Nazikollegen damit zu bagatellisieren suchte, dass Fabricius mit dieser Aeusserung nur von seinem Recht Gebrauch gemacht habe, Zeugen vor eventuellen "Alscheiden zu bewahren. Rührend geradezu, wie besorgt doch Nationalsozialisten um ihre lieben Mitmenschen sind! -

Nachdem der Staatsanwalt in seinem kurzen Plädoyer die Schuld des kneifenden Naziabgeordneten festgestellt und seinen Strafantrag formuliert hatte, baten die beiden Verteidiger in sehr beweglichen Worten um die Freisprechung ihres engelstreuen Klienten. Nach einer Beratung von etwa 20 Minuten fällte dann der Schnellrichter das sehr milde Urteil auf insgesamt 180 Mark Geldstrafe. Fabricius wurde aus der Haft entlassen. Er beabsichtigt, ebenfalls gegen das Urteil Berufung einzulegen.

110 Nebeltote! Die Zahl der dem Giftnebel des Maastales zum Opfer gefallenen Menschen hat sich auf etwa 110 Tote vermehrt. Obschon noch immer die eigentliche Ursache der furchtbaren Katastrophe nicht bekannt ist, vertreten alle amtlichen Stellen die Theorie, dass es sich bei dem Todesschwaden um Abgase industrieller Werke handelt, die sich durch plötzliche Abkühlung wieder zu Boden senkten und sich zufolge der Vermischung mit Nebel nicht auflösen konnten.

Frenzel frei! Der frühere Amtsvorsteher Frenzel, der auch in der Berufungsverhandlung wegen der ihm zur Last gelegten Blutschandebeschuldigung zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt worden ist, ist am Mittwoch mittag um 12 Uhr aus dem Potsdamer Gerichtsgefängnis entlassen worden. Es ist der Verteidigung gelungen, die geforderte Kautionssumme von 10 000 Mark zusammenzubringen.

Schaljapin verklagt Sowjetrussland. In Paris begann der Prozess des berühmten russischen Sängers Schaljapin gegen den durch die Pariser Botschaft vertretenen Sowjetstaat. Schaljapin klagt um zwei Millionen Francs Schadensersatz, weil der offizielle Sowjetverlag "Priboj" sein vorläufig nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Tagebuch gegen seinen Willen in einer Auflage von 60 000 Exemplaren herausgegeben habe. Schaljapin sieht in dieser Herausgabe ausser einer schweren Verletzung des Autorenrechts eine schwere finanzielle und moralische Schädigung.

Flugzeugkatastrophe im Riesengebirge. Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr stürzte in der Nähe von Rabishau (Riesengebirge) bei dichtem Nebel das Junkers-Sportflugzeug "D 50" ab. Die Maschine bohrte sich tief in die Erde und wurde schwer beschädigt. Der Pilot Gottwall aus Breslau erlitt schwere Beinverletzungen. Das Flugzeug war seit einigen Tagen anlässlich einer grösseren Flugzeugschau in Hirschberg stationiert.

Durchstechereien in Braunschweig. Im braunschweigischen städtischen Hochbauamt wurden bis ins Jahr 1928 zurückreichende Betrügereien entdeckt. Oberbürgermeister Böhme hat die sofortige Amtsenthebung des schwer beschuldigten Stadtbauobersekretärs Schüler ausgesprochen und Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens und einer Strafverfolgung gestellt. Gegen Schüler wird der Vorwurf erhoben, Rechnungen über in Wirklichkeit nicht ausgeführte Arbeiten und Lie-

ferungen an vier verschiedene bisher gut renommierte Firmen zur Zahlung angewiesen zu haben. Wie hoch sich der Schaden beläuft, der der Stadt zugefügt wurde, steht noch nicht fest.

Liebesdrama. Eine furchtbare Liebestragödie spielte sich in Obersdorf (Thüringen) ab. Ein 19 Jahre altes Mädchen wurde von seinem um drei Jahre jüngeren Geliebten, einem Lehrling, in einen Teich gestossen und ertrank. Das Mädchen erwartete ein Kind, dessen Vater der 16jährige Lehrling war. Der Mörder, der verhaftet wurde, nahm sich nach seiner Einlieferung in das Ortsgefängnis durch Erhängen das Leben.

Sie sagen es durch Aale. Eine merkwürdige Art des Protestes fanden Londoner Studenten auf einer von der britischen Vereinigung zur Abschaffung der Vivisektion einberufenen Versammlung, in der gegen Giftgasexperimente an Tieren polemisiert werden sollte. Die Studenten, offenbar sämtlich Anhänger der Vivisektion, vergnügten sich damit, dass sie im Saal Stinkbomben und lebende Aale aussetzten. Als die Polizei erschien, zog man unter gemeinsamen Gesang ab.

Autobuskatastrophe. An einer Kurve bei Dillingen (Schwaben) stürzte ein mit 20 Personen besetzter Verkehrsomnibus um; die Insassen des Autos wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Levines neue Pläne. Der in Wien unter dem Verdacht der Fälschmünzerei verhaftete, aber wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassene Ozeanflieger Levine plant einen Alleinflug um die Welt, zu dem er nur etwa 15 Tage zu brauchen gedenkt. Die Maschine soll mit einem sogenannten "automatischen Mechaniker" ausgerüstet sein. Es handelt sich hier um eine komplizierte Maschinerie, die angeblich unter allen Umständen das Flugzeug in der gleichen Fahrtrichtung und auf der gleichen Höhe zu halten vermag, ohne dass sich der Pilot weiter um die Steuerung zu kümmern braucht.

Vereiteltes Dynamitattentat. In der Nähe der chilenischen Hauptstadt Santiago wurde ein Bombenattentat gegen den chilenischen Präsidenten Ibanez vereitelt. Geheimagenten der Polizei überraschten mehrere Verschwörer dabei, wie sie auf dem nahe Santiago über den Maipo-Fluss führenden Eisenbahnbrücke mehrere 20-zündige elektrische Dynamitbomben legen wollten. Die Sprengleitung konnte gerade noch beseitigt werden, bevor ein Sonderzug mit dem Präsidenten Ibanez und einer grösseren Anzahl von Kabinettsmitgliedern und Politikern die Brücke passierte. Mehrere Personen, unter denen auch drei Generäle sein sollen, wurden verhaftet. Die Regierung verhängte eine Pressezensur und traf strengste Massnahmen, um einen Aufstandsversuch im Keime zu ersticken.

Verurteilte Räuber. Das erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte am Mittwoch den 31jährigen Anton Gierens zu fünf Jahren, den 27jährigen Wilhelm Klee zu 2½ Jahren und die Ehefrau Gierens ebenfalls zu 2½ Jahren Zuchthaus. Die drei Verurteilten waren angeklagt, am 6. Oktober dieses Jahres in Köln einen Geldbriefträger überfallen, ihn mit einem Eisenrohr auf den Kopf geschlagen und schwer verletzt zu haben. Der Raub konnte jedoch nicht ausgeführt werden, weil die Räuber vertrieben und später verhaftet worden sind.

Dickens Freund gestorben. Artur James Leech, der ein intimer Freund von Charles Dickens war, ist in London im Alter von 72 Jahren gestorben.

# Deutscher Reichstag

12. Sitzung vom 10. Dezember, 3 Uhr.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) gegen die Verhaftung des nationalsozialistischen Abg. Dr. Fabricius, der im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Remarque-Film auf Befehl des Polizeiobersten Heimannsberg festgenommen worden ist. Er beantragt die Freilassung des Abg. Dr. Fabricius.

Der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Antrags wird von Sozialdemokraten widersprochen. (Sturm, Pfui!-Rufe bei d. Nat. Soz.) Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) beantragt darauf die Vertagung der Sitzung. Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 214 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Für die Vertagung haben mit den Nationalsozialisten die Deutschnationalen, das Landvolk, die Kommunisten, die Christlichsozialen und die Volksnationalen gestimmt. Die Wirtschaftspartei hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Beifall begrüßt. Ein Nationalsozialist ruft: "Köpfe werden rollen!" Präsident Löbe vertagt die Sitzung bis 4 Uhr.

Zwanzig Minuten vor 4 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder. Er teilt mit, dass im Ältestenrat eine Einigung dahin erzielt sei, der sofortigen Beratung des nationalsozialistischen Freilassungsantrags nicht mehr zu widersprechen. Präsident Löbe stellt dann ohne Widerspruch fest, dass der Freilassungsantrag für Dr. Fabricius ohne Debatte angenommen sei.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrags des Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei), wonach die bisherigen Beschlüsse des alten Ausschusses für Strafrechtsreform dem neuen Reichstagsausschuss überwiesen werden sollen.

Abg. D. Kahl (D. Vp.) begründet den Antrag. Er weist darauf hin, dass der alte Reichstag es versäumt habe, ein Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform zu beschliessen. Es wäre aber nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit die zwei Reichstage für die Strafrechtsreform geleistet haben, verloren ginge. Die Strafrechtsreform, die auch die Angleichung des deutschen und österreichischen Rechts bringen soll, sei dringend notwendig, damit das Recht nicht hinter der Entwicklung der Zeit zurückbleibe.

Präsident Löbe unterbricht den Redner mit der Mitteilung, dass Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbeschluss aus der Haft entlassen worden sei.

Abg. D. Kahl (D. Vp.) schliesst mit dem Hinweis darauf, dass Deutschland bisher im Strafrecht die Führung habe. Diese Führung dürfe ihm nicht entrissen werden. (Beifall).

Staatssekretär Joel

vom Reichsjustizministerium spricht dem Abg. D. Kahl den Dank dafür aus, dass er den Anstoss gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahls Name für alle Zeiten untrennbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht sei heute naturgemäss politisch, sozial und wirtschaftlich völlig überaltert. Ein Abbruch der in den beiden letzten Reichstagen begonnenen Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. Muntau (Chr. Soz.) begrüsst den Vorstoss des Abg. D. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschussarbeit zuzustimmen brauche. Notwendig sei vor allem die in der Reform vorgesehene Einführung von Besserungs- und Sicherungsmassnahmen.

Abg. Dr. Löwenthal (Komm.) erklärt, wenn je eine Zeit den Beruf zur Strafrechtsreform nicht gehabt habe, so sei es die deutsche Gegenwart, in der ein faschistisches Regime sich über den Willen der Volksmehrheit hinwegsetze. Der bisherige Reformentwurf sei ein Werk der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion. Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wendet, kommt es

zu Lärmszenen. Abg. Heines (Nat. Soz.) und mehrere andere Nationalsozialisten rufen: "Unverschämter Judenjunge!" Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: "Was geht den Jud das deutsche Recht an?" Präsident Löbe erklärt, wenn die dauernden Störungen nicht aufhören, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Darauf verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die übrigen drehen sich um, sodass sie dem Redner den Rücken zuekehren.

Abg. Dr. Frank II. (Nat. Soz.) beginnt seine Rede mit den Worten: "Der Proletarier Löwenthal hat die echt jüdische Unverschämtheit besessen." Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung. Dr. Frank wiederholt den Satzanfang. Präsident Löbe ruft ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufs aufmerksam. - Die Kommunisten erzeugen durch "Rhabarbar"-Gemurmel künstliche Unruhe, in der die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu verstehen sind.

Präsident Löbe droht den Geräuscherzeugern Schliessung der Sitzung und Ausweisung an. Das Gemurmel lässt darauf etwas nach, verstärkt sich aber wieder als Dr. Frank meint, Kommunisten und Juden könnten ihn nicht beleidigen.

Dr. Frank II. erklärt, die Nationalsozialisten würden die von diesem Parlament begonnene Strafrechtsarbeit nicht wieder aufnehmen, denn dabei handle es sich nicht um Reformarbeit. Dem deutschen Empfinden widerspreche es, wenn der Zwickkampf verboten, die Schächtung aber erlaubt sei.

Verstärktes Gemurmel der Kommunisten veranlasst den Präsidenten zu der Erklärung, er ersuche jetzt zum letzten Mal um Ruhe und werde zu strengeren Massnahmen greifen.

Abg. Dr. Frank II. hat in seinen weiteren gegen die Mittelparteien gerichteten Ausführungen, die bei der von den Kommunisten erzeugten Unruhe nicht auf der Tribüne zu verstehen sind, offenbar eine unparlamentarische Bemerkung gemacht, denn Präsident Löbe ruft ihn zum dritten Mal zur Ordnung und entzieht ihm - wie das beim dritten Ordnungsruf immer geschieht - gleichzeitig das Wort (Unruhe b. d. Nat. Soz.)

Abg. Wegmann (Ztr.) beschränkt sich auf die kurze Bemerkung, dass das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit starke Bedenken habe, aber der Ausschussüberweisung nicht widersprechen wolle. Die Bayerische Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Wir wollten ursprünglich einfach dem Antrag Kahl zustimmen, ohne das Wort zu ergreifen. (Abg. Goebbels erhält für einen beleidigenden Zwischenruf einen Ordnungsruf.) Angesichts der Angriffe gegen uns halten wir es für notwendig, noch einmal zu dem Antrag Kahl Stellung zu nehmen. Wir sind dem Abg. Dr. Kahl zum Dank für seine mühevollen und sachlichen Arbeit im Strafrechtsausschuss verpflichtet. Wir haben auch den Abg. Dr. Kahl in vielen Fällen eher bereit gefunden, als Vertreter anderer Parteien, modernen und sozialen Gesichtspunkten im Strafrecht zur Durchführung zu verhelfen. Wir sind trotzdem nicht so optimistisch über die Modernisierung des Strafrechts durch den neuen Strafgesetzentwurf, wie der Abg. Dr. Kahl und der Staatssekretär Joel. Ungeachtet der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags wollen auch wir die Arbeit einer dringend notwendigen Reform fortführen. Wir halten es für einen Fortschritt, das freie Ermessen des Richters in vielen Strafentscheidungen einzuführen, wo ein starres Gesetz bisher harte Bestrafung auch dann vorsieht, wenn der Richter eine mildere Strafe für angebracht fand. Das freie Ermessen des Richters setzt aber eine hohe Verantwortung und volle politische Vorurteilslosigkeit des Richters voraus. Obgleich schon wesentliche Verbesserungen in der Rechtssprechung besonders in Preussen durchgeführt worden sind, muss besonders die politische Rechtssprechung vieler Gerichte und vor allem des Reichsgerichts stark kritisiert werden. Deswegen werden wir im neuen Strafrechtsausschuss dafür zu arbeiten haben, dass die Grenzen des freien richterlichen Ermessens nicht zu weit

gezogen werden, um allzu harte Urteile besonders in politischen Prozessen zu vermeiden. Wir wollen alle Ungerechtigkeit der Rechtssprechung ausschalten, soweit das in einer Klassengesellschaft möglich ist. Wenn wir auch für die Rechtsangleichung an Oesterreich eintreten, so vor allem unter dem Gesichtspunkt der Abschaffung der Todesstrafe und der Bezeichnung "Zuchthaus", weil wir glauben, dass den Straftentlassenen durch die anrühige Bezeichnung "Zuchthäusler" das Wiederhineinfinden in geordnete Verhältnisse der Gesellschaft nicht unmöglich gemacht werden darf. Wir sind im allgemeinen für Milde aller sämtlicher Strafbestimmungen und insbesondere der politischen Strafen.

Die Rechtssprechung in Hoch- und Landesverratsprozessen ist geradezu eine Schandefür Deutschland. Die Bemühungen der Justizverwaltung um Besserungen auf diesem Gebiet haben bisher nur geringen Erfolg gehabt. Wenn der Abg. Löwenthal ironisch von unserer Mitarbeit bei den Hoch- und Landesverratsparagrafen sprach, so können wir ihn nur an die Tätigkeit unseres verstorbenen Freundes Dr. Levi erinnern, der sich aufs Ernsthafteste um die Abänderung der drakonischen Strafbestimmungen bemüht hat. Die Kommunisten haben nicht einen einzigen Abänderungsantrag zu diesen Paragraphen gestellt. Bei den verschiedenen Amnestiegesetzen haben die Kommunisten eine unwürdige Schaukelpolitik getrieben; einmal stimmten sie gegen unsere Anträge, das andere Mal war die Annahme unsere Anträge für sie die Voraussetzung zu ihrer Zustimmung zum Gesetz, das dritte Mal machten sie uns Vorwürfe, weil wir Bestimmungen angenommen haben, die die Kommunisten als viel wesentlicher ansahen, als wir sie selbst angesehen haben.

Wir werden uns auch bemühen, beim Strafgesetz Änderungen durchzusetzen. Freilich nicht von der Art, die Dr. Frank gefordert hat. Er hat uns das Recht abgesprochen, die ethischen Belange wahrzunehmen. Diese Belange soll eine Partei vertreten, in deren Vorstand Fememörder sitzen, eine Partei, die nur umzugehen versteht mit Revolver, Dolch, weissen Mäusen und Stinkbomben! (Sehr gut links) Solche Herren wollen uns das Recht streitig machen, die ethischen Belange des deutschen Volkes wahrzunehmen? (Zuruf rechts: Das verstehen Sie ja gar nicht!) Wenden Sie sich doch an Ihren Freund Münchmeyer, den Fleischbeschauer des dritten Reiches. (Heiterkeit links und in der Mitte, Geschrei rechts.) Sehen Sie sich in Ihren Reihen um. Denken Sie doch an Ihren Kollegen Weitzel, der wegen Abtreibung bestraft ist. (Hört! Hört! links und in der Mitte) Sie bezeichnen ja Abtreibung als ganz besonders verabscheuungswürdiges Verbrechen. Sie haben auch erklärt, dass Sie keineswegs gesonnen sind, im Strafrechtsausschuss sachlich mitzuarbeiten. Das macht auf uns keinen Eindruck, denn wir haben es gar nicht für möglich gehalten, dass diese Herren sachlich mitarbeiten können. Es spielt deshalb gar keine Rolle, ob Sie am Strafrecht mitarbeiten, oder nicht, denn niemand würde merken, dass das geschehen ist. (Sehr gut! links)

Frank hat noch von dem Film gesprochen, der angeblich dem deutschen Volk aufgezwungen werden soll. Nun, ich habe noch niemals einen Film gesehen, der gerade, weil er von jeder Tendenz frei ist, einen so tief erschütternden Eindruck auf jeden anständigen Menschen macht. (Die Nazis schimpfen wie toll) Sie verstehen das nicht und Ihr Protest erscheint nur als Ausdruck der Tatsache, dass damals, als Sie den Kriegsschauplatz wirklich sehen konnten, vorgezogen haben, sich anderswo aufzuhalten. (Wüstes Gebrüll rechts - Sie schreien, dass sie von allen Fraktionen den grössten Prozentsatz an Kriegsteilnehmern hätten und fragen den Redner höhnisch, wo er damals gewesen sei.) Ich war sowohl in Russland wie in Frankreich im Schützengraben, aber von manchen Ihrer Führer steht fest, dass sie nicht im Kriege gewesen sind. (Der Präsident ruft einen der brüllenden Nazis zur Ordnung. - Andere schreien: Der Dreckfilm soll die Wahrheit zeigen? Wir wissen, was im Felde war.) Einige weitere Sätze des Redners gehen im Geschrei unter. (Ein Sozialdemokrat hatte den Nazis zugerufen; sie hätten während des Krieges nur gefressen. Der Kriegsbeschädigte Abg. Vetter (Natsoz) zeigt seine Prothese am Bein vor, ruft hinüber: Da seht Ihr, wo ich

Reichstag Blatt 4.  
gewesen bin, geht zur Linken und bedroht den Zurufer, ihm in die Fresse zu hauen. Dafür wird Vetter vom Präsidenten wegen Bedrohung eines Abgeordneten ausgewiesen.) Wir werden im Ausschuss mitarbeiten zum Wohl der Arbeiterklasse. (Lebh. Beifall der Soz., Hohngelächter rechts)

Abg. Dr. Karpenstein (Natsoz.): Wenn ein 60-Millionenvolk ein neues Strafgesetz erhalten soll, muss es einen einheitlichen Willen haben, die Kultur, Ehre, Rasse, Keuschheit der Leiber etc. zu schützen. (Stürmische Heiterkeit) Da muss der Geist des Volkes nicht in der brennenden Sonne der Intelligenz verbrannt sein. Wir sehen, dass dort in dem Interessentenhaufen, bei den Intelligenzbestien, den Gewerkschaftsbonzern und Konsumvereins-Emporkömmlingen die Heiligkeit des Körpers keine Achtung mehr hat. (Ausrufe des Staunens und der Verwunderung links) Der Redner spricht von Gesetzen der sozialdemokratischen Krankenkassenkassierer, er erntet mit krausen Wortgebilden und Kraftworten vom Untermenschentum, von altassyrischem Uradel, von Ausnahmegesetzen aus Kautschuk etc. das Händeklatschen seiner Leute. Er fährt fort, von "elend schließenden SPD-Bonzern" zu sprechen, deren Geist ihn ankotze. (Rüge des Präsidenten. Zwei Ordnungsrufe für den Kommunisten Noack. Da der Redner seinen Ausdruck nicht auf Abgeordnete gemünzt haben will, nennt ihn ein Kommunist Feigling. Zu dem dafür erteilten Ordnungsruf meint Abg. Torgler, der Ausdruck sei ja nur eine Berufsbezeichnung gewesen.)

Abg. Dr. Kahl (DVP) erklärt, auf das Schlusswort als Antragsteller mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion zu verzichten und setzt hinzu: "Wenn die Herren der äussersten Rechten und Linken konsequent wären, so würden sie auf die Mitarbeit verzichten. Dann bekämen wir ein gutes Strafgesetz." (Lebh. Beifall der Sozialdemokraten und der Mittelparteien. - Der Redner wird von den Naziführern erregt interpelliert.)

Gegen die Stimmen der Flügelparteien wird der Antrag dem Strafrechtsausschuss überwiesen. Darauf wird die erste Beratung des Pensionskürzungsgesetzes fortgeführt.

Abg. Dr. Reinhold (D. Staatsp.) kennzeichnet den Frontwechsel der NS in der Frage der Beamtengehälter und Pensionen gegenüber der Wahlhetze wider die Beamten. Am Dienstag haben wir den grossen Einfluss der vielen Pensionsempfänger unter den NS feststellen können. (Zuruf rechts: Das haben Sie in der Judendruckpresse gelesen.) Der Redner spricht für das Berufsbeamtentum und behält sich Verbesserungsanträge vor.

Abg. Lucke (WiP.) wünscht stärkere Anrechnung des Arbeitseinkommens, begrüsst aber die Nichtanrechnung des Kapitaleinkommens. Die Höchstpension sollte 12 000 Mark betragen, das Gesetz dürfe nur ein vorübergehendes Notgesetz sein, weil die Beamtenrechte wieder hergestellt werden müssten. Der Redner schimpft zum Schluss auf die Beamtenkonsumvereine und ruft zum Kampf gegen den Sozialismus auf. (Heiterkeit links)

Abg. Dr. Völter (Soz.):

Die Beamtenschaft ganz ganz richtig erkannt, dass sie sehr gut daran tut, sich des Mittels der Selbsthilfe und der Konsumgenossenschaften zu gewissen Erleichterungen ihrer wirtschaftlichen Lage zu bedienen. Der Deutsche Beamtenbund, den Abg. Lucke solcher Bestrebungen anklagt, zählt ja auch den Abg. Lucke zu seinen Mitgliedern, und dieser hat bei der Wohlagitation stets auf seine besondere Eignung zur Vertretung der Beamteninteressen hingewiesen. (Hört! Hört! links) Abg. Morath hat sich am Dienstag unnötig den Kopf über angebliche Widersprüche zwischen der Haltung meiner Organisation und meiner Fraktion zur Pensionskürzung zerbrochen. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, dass jeder Arbeitende seine auskömmliche Versorgung finden soll. Denselben Standpunkt nimmt meine Berufsorganisation ein. Wenn aber pensionierte Beamte eine ausreichend bezahlte Stelle haben, dann kann der notleidende Staat nicht noch Geld zu einer Ueberbezahlung hinzugeben. (Sehr wahr links) Abg. Sprenger hat am Dienstag über die Kulturhöhe des Berufsbeamtentums philosophiert und nötigt mich dadurch, die Ehre des Berufsbeamtentums zu verteidigen. (Nazizwischen-

ruf: Da sind Sie der richtige!) Sie sehen alle nicht Ihrer Partei angehörigen Beamten als Schmarotzer, d.h. in Ihrem Jargon "Revolutionsbeamte" und "Partei-beamte" an. Sie sollten über die Ausnutzung politischer Stellen zu privatem Nutzen lieber schweigen.

Der Redner berichtet dann ausführlich über den Fall eines nationalsozialistischen Sparkassenvorstandes in Stralsund, der einem Landwirt gegen hohe Provision den Ankauf eines der Stadtparkasse verschuldeten Kinos angeraten hat. (Die Nationalsozialisten versuchen durch Geschrei, den Redner zu übertönen.) Am 22. Februar d.J. hat dieser Sparkassenvorstand noch einmal einen dringenden Brief an den Landwirt gerichtet, um ihm zum Ankauf des Kinos Mut zu machen. (Lärm rechts.- Hört!Hört!links.- Zuruf der Nazi: Erzählen Sie doch lieber von den Schiebungen des Bruders von Isidor Weiss.) Ja, ich erzähle noch von manchen Schiebungen, z.B. in Coburg (Zuruf rechts: Das wollen wir gar nicht hören!) Dort hat sich ein Angehöriger der nationalsozialistischen Stadtverordnetenmehrheit auf Grund von Mitteilung aus den Gemeindeausschüssen ein Grundstück gesichert, das die Stadt kaufen wollte, und hat es ihr dann mit erheblichem Gewinn weiterverkauft. Ausserdem hat er sich die Lieferung für städtische Dienststellen verschafft, die ihm einen schönen Gewinn eingebracht haben. Solche Verfehlungen einzelner Parteimitglieder dürfen nicht einer Partei einfach in die Schuhe geschoben werden. Aber zur moralischen Entrüstung besteht bei Ihnen gar kein Anlass. Sie sollten einmal gezwungen werden, Ihre Reichstagsreden, zur Pensionskürzung auf dem Lande zu wiederholen, wo Sie vor der Wahl die schamloseste Beamtenhetze getrieben haben. Sie sind damals für rigorose Herabsetzung der Beamtenegehälter eingetreten. In der Stadtvertretung Halle haben Sie eine Gehaltssenkung für die leitenden Angestellten der städtischen Werke beantragt. Im Ausschuss haben Ihre Vertreter dann diesen Antrag niedergestimmt. Sie mussten allerdings bei der Schlussabstimmung im Plenum wieder dafür stimmen. (Hört!Hört! links) Als unser Parteifreund Frölich in Thüringen Minister war, betrug sein Gehalt 7 200 Mark. Jetzt ist das Ministergehalt mit Ihrer Hilfe (zu den Nazis) durch Erhöhungen, die schon unter der Ordnungsblokregierung beschlossen wurden, auf 19 000 Mark erhöht worden. (Hört!Hört!links) Dazu kommt noch eine jährliche Aufwandsentschädigung von 2000 Mark und Wohnungsgelder. (Geschrei der Nazis) Seinerzeit haben die Nationalsozialisten hier im Reichstag einen Antrag auf Beschränkung der Ministergehälter eingebracht und in seiner Begründungsrede sagte Herr Frick: "Die Minister machen sich die Taschen voll." (Grosse Heiterkeit. - Empörte Zurufe der Nazis, aus denen man u.a. heraushört, ein so schlechtes Deutsch spreche Frick nicht.) Machen Sie das miteinander aus! (Grosses Geschrei rechts.) Im thüringischen Landtag haben unsere Freunde wortwörtlich denselben Antrag eingebracht, da haben die Nationalsozialisten dagegen gestimmt. (Stürmisches Hört!Hört! links und in der Mitte, wobei ihr Wortführer sagte, Minister Frick müsse leider sein ganzes Gehalt annehmen, weil ein Gesetz auf Gehaltskürzung nicht durchzubringen sei. (Hört!Hört!links) In der Wahlbewegung hatte man den Eindruck erweckt, dass Frick auf einen erheblichen Teil seines Gehaltes verzichtet hätte. Staatsminister Baum hat im Landtag das Gegenteil festgestellt. (Andauernde Störungsrufe Fricks und anderer Nazis, darunter auch die Rufe "Lügner" und "Berufsschieber".- Vicepräsident Stöhr fordert schliesslich, durch andauernde Zurufe der Linken veranlasst, den Schimpfer auf, sich zu melden. und ruft ihn dann zur Ordnung, bezeichnet aber gleichzeitig die Aeusserung des Redners, jener könne ihn nicht beleidigen, als nicht parlamentarisch.) Keiner von uns macht Herrn Frick einen Vorwurf daraus, dass er das gesetzmässige Gehalt bezieht. Aber der Gegensatz zwischen Ihrer Agitation und Ihrer Praxis muss angenagelt werden.

Ogleich nach thüringischem Gesetz den Ministern eine Pension nur zusteht, wenn sie ohne eigene Schuld an ihrer Gesundheit solchen Schaden nehmen, dass sie aus dem Amt scheiden müssen, ist unter der Ministerschaft Fricks eine Er-

Weiterung der Pensionsbedingungen eingetreten. (Wütendes Geschrei rechts) Herr Sprenger hat am Dienstag behauptet, wenn erst seine Partei herrsche, dann brauchen die Beamten keinen Verfassungsschutz ihrer wohlverworbenen Rechte. Die Beamten können froh sein, dass die Verfassung sie schützt. Gerade Herr Frick ist der Minister, der einen Rekord an verfassungswidrigen Erlassen aufgestellt hat, wie ihre Aufhebung durch die höchsten Gerichte beweist. (Stürmische Zustimmung links, andauernder Lärm rechts.)

Eine wüste Szene.

Einige der schreienden Nazis scheinen geradezu die Besinnung verloren zu haben. Man hört aus dem wilden Chor, auf den die Linke mit scharfen Zurufen antwortet, etwa heraus, dass die Nazis sich durch Schimpfworte wie Mörder, Läusesungen usw. von der Linken beleidigt fühlen. Heines, Dreher, und andere schreien unausgesetzt zur Linken hinüber, ohne dass einzelnes zu verstehen ist. Wie gewöhnlich, wenn es stürmisch zu werden scheint, sind Frick, Goebbels und Strasser verschwunden. Vicepräsident Stöhr versucht mehrmals vergeblich, Ruhe zu schaffen und die Abgeordneten, die zum grössten Teil in der Mitte des Saales zusammengeströmt sind, auf ihre Plätze zu verweisen. Erst nach minutenlangem Lärm kann der nächste Redner seine Ausführungen beginnen. Frick erscheint wieder und geht durch die Reihen seiner Fraktion mit irgend einem Zuruf. Nach einer Rede des

Abg. Hennes (Chr. Soz.) sprach Abg. Sprenger gegen die Angriffe des Abg. Dr. Völter unter Ausfällen gegen die "korrupten und verbrecherischen Parteibeamten". Der Sparkassenvorstand von Stralsund ist kein Berufsbeamter. Unsere Reinigungsarbeit in dem durch die Marxisten ruinierten Coburg ist über jede Kritik erhaben. Das ist gerichtlich erwiesen. (Heiterkeit links) Minister Frick war es sich selbst und seiner Familie schuldig, die Ansprüche, auf die er bei seinem Ausscheiden in Bayern verzichten musste, sich in Thüringen zu sichern. Der Redner gebraucht wiederholt Schimpfworte gegen die Linksparteien und wird vom Präsidenten Löbe mehrmals gerügt. Ich brauchte doch in meiner gestrigen Rede nicht besonders die Selbstverständlichkeit betonen, dass wir für eine Höchstpension von 20 000 Mark sind, wenn unsere Minister in Thüringen und Braunschweig auf den 12 000 Mark überschreitenden Teil ihres Gehalts verzichten. (Heiterkeit links.)

Abg. Lucke (Wi. P.) verliest zum Beweis der nationalsozialistischen Beamten-gesetze eine Nazischmähschrift aus der Wahlzeit gegen das Berufsbeamtentum. (Lärm rechts.- Beifall und ironische Zurufe links und in der Mitte).

Damit ist die erste Beratung geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Abg. Dr. Völter (Soz.) auf eine Aeusserung des Abg. Sprenger, er habe Minister Frick nicht den Vorwurf des unrechtmässigen Bezugs von Wohnungsgeld gemacht, sondern nur aus der thüringischen Besoldungsliste zitiert.

Präsident Löbe schlägt für die heutige Tagesordnung die Behandlung verschiedener Anträge und des Rests der gestrigen Tagesordnung vor.

Zur Tagesordnung beantragt

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) die Aufsetzung der Misstrauensanträge gegen Wirth, Curtius und Treviranus, ausserdem die Behandlung des Antrags auf Sperrung der Polizeikostenzuschüsse an Preussen. Dabei macht er provozierende Ausfälle gegen die Weimarer Verfassung, das Parlament und die Linke des Hauses. (Schlussrufe links.- Präsident Löbe bittet den Redner, sich kurz zu fassen, da 7 Redner zur Tagesordnung gemeldet sind, und droht, ihm bei Fortsetzung der Ausführungen, die nicht zur Tagesordnung gehören, das Wort zu entziehen.

Abg. Dr. Wendhausen (Landvolk) schliesst sich Schmidt-Hannover an.

Abg. Dr. Frick (NS) wiederholt den Antrag auf aussenpolitische Debatte mit Misstrauensanträgen.

Reichstag, Blatt 7.

Abg. Dr. Everling (Dtl.) beantragt für Donnerstag Beratung der Anträge, das Republikschutzgesetz aufzuheben, das er einen Schandfleck der Republik nennt. (Rüge des Präsidenten)

Ein anderer deutschnationaler Redner verlangt, dass am Donnerstag der Antrag seiner Partei auf Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" beraten werde. Sollte sich herausstellen, dass die deutsche Republik diesen Film ertragen könne, die deutsche Nation könne es nicht. (Lebh. Heiterkeit links)

Abg. Esser (Z.) mit höhnischen Rufenbrechts empfangen, stellt fest, dass man im Ältestenrat einig war, nur solche Punkte zu beraten, die ohne Debatte erledigt werden können und, dass weder die Deutschnationalen noch die Nationalsozialisten andere Wünsche geäußert haben. (Hört, hört links und im Zentrum)

Die Abänderungsanträge zur Tagesordnung werden gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt. Ueber den Antrag Everling muss im Hammelsprung entschieden werden. Der Antrag Everling wird mit 239 gegen 188 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Antrag Döbrich (Landvolk), das Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" auf die Tagesordnung zu setzen, wird in einfacher Abstimmung gegen Landvolk, Deutschnationale und Nationalsozialisten abgelehnt. (Wüste Beschimpfungen und Pfui-Rufe der Nazi gegen die Deutsche Volkspartei)

Schluss 20 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 13 Uhr.



## Lohnpolitischer Faschismus.

### Erstaunliches aus der Zementindustrie.

SPD. Wie notwendig gerade die Freiswahrheit ist, hat sich besonders krass an den Verhältnissen in der Zementindustrie gezeigt, wo bei einem Listenpreis von z.B. 560 Mark pro Waggon Preisunterschiede zwischen 550 und 280 Mark bei den Kampfzementen mit gleicher Qualität vorgekommen sind, je nachdem, ob es sich um unbestrittene oder um strittene Gebiete handelt. Hier hat der Ausschuss Erstaunliches erfahren müssen.

Von wem stammen diese Sätze, die sehr tief blicken lassen? Vom Reichswirtschaftsrat, d.h. von einer Körperschaft, in der die Arbeitnehmer - infolge des organisatorischen Aufbaus des RWR - in der Minderheit sind. Was muss das wirklich alles zum Vortrag und Vorschein gekommen sein, wenn schon der Reichswirtschaftsrat sagt, er habe Erstaunliches erfahren. Man muss bedenken, dass es doch schliesslich keine eingefleischten Gegner der Zementindustriellen oder gar Vertreter der Zementarbeiterschaft waren, deren Aussagen den Untersuchungsausschuss des RWR zu der erwähnten bedeutsamen Feststellung veranlassten. Wir wissen nicht, ob der Ausschuss auch in eine Prüfung der Preiserhöhungsmanipulationen der Zementindustriellen eingetreten ist. Aber man möchte fast das annehmen; den der Hinweis auf erstaunliche Erfahrungen lässt das stark vermuten. Eine Tatsache wird dem RWR jedenfalls bei seinen Untersuchungen nicht unbekannt geblieben sein, eine Tatsache, die die Verlogenheit des Scharfmachergeredes, die deutsche Wirtschaft müsse vom zentralisierenden bürokratischen Sozialismus wieder freigemacht werden und so wieder "Gleichheit und Freiheit" erhalten, blitzartig beleuchtet. Und was ist das für eine Tatsache?

In der Zementindustrie wurden Millionenbeträge aufgewendet zur Aussenseiterbekämpfung, indem man Werke, alte und auch ganz modern eingerichtete, aufkaufte und stilllegte und dann den ehemaligen Besitzern und Direktoren namhafte Entschädigungen und Renten zahlte. Man hat kalksteinhaltiges Gelände aufgekauft, ohne dass überhaupt die Absicht der Ausbeutung bestand, lediglich um das Entstehen neuer Werke zu verhindern. Man hat Geländekäufe vollzogen, um Aussenseiterwerken durch ein Verbot, über das Gelände Seilbahnen oder sonstige Transportmittel zu legen, die Rohstoffanfuhr abzuschneiden. Man hat sogar versucht, Gemeindeverwaltungen in diesem Kampf um "Gleichheit und Freiheit" einzuspannen, indem man ihnen ansehnliche Summen anbot, damit sie die Errichtung von Zementwerken verhindern. Aktienkäufe und finanzielle Manöver, um unbequemen Konkurrenten die Luft abzudrehen, spielten und spielen noch in der Zementindustrie eine grosse Rolle.

Durch all diese und ähnliche Massnahmen wurden die Zementpreise hochgetrieben und hochgehalten, wobei indirekt natürlich auch die Aussenseiter profitierten, denn sie brauchten ja nur stets ein klein wenig unter den Syndikatspreisen zu bleiben, um ein Geschäft machen zu können. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen hätte die Zementindustrie eigentlich allen Anlass, in der Öffentlichkeit so wenig wie nur möglich von sich reden zu machen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Wo es gilt, die Sozialreaktion vorwärts zu bringen, fehlen niemals die Zementindustriellen. So steht's auch beim Lohnabbau. Es hat sich, wie infolge der amtlichen Lohnabbaupolitik nicht anders zu erwarten war, ein Schlichtungsausschuss gefunden, der einen Schiedsspruch mit 6 % Lohnabbau fällte. Die Arbeiterschaft hat den Spruch abgelehnt. Wird der Lohnabbau Wirklichkeit, so

so bedeutet das, dass der jetzt erfolgte Preisabbau für Zement auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wird. Das die Arbeitgeber darauf hinauswollen, ergibt sich auch aus ihrer Haltung bei den Lohnverhandlungen. Hier haben sie auf die Entgegnung der Gewerkschaftsvertreter, dass ein Lohnabbau mit den Preis- und allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen in der Zementindustrie nicht begründet werden könne, kurz und kalt erklärt, sie lehnten es ab, in eine Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe einzutreten; das sei auch nicht Aufgabe der Arbeitgeberorganisationen. Im übrigen habe die Lohnfrage mit den Preis- und Produktionsverhältnissen nichts zu tun. Die Lohnfrage habe sich lediglich zu richten nach den allgemeinen sozialpolitischen Verhältnissen und den Lebenshaltungskosten.

Nun wissen wir also Bescheid. Jahrelang sagte man den Arbeitern, der Betrieb die Wirtschaft könne die Löhne nicht tragen. Jetzt, wo irgendwo ernstlich eine Nachprüfung stattfinden soll, lehnt man es ab, sich in die Karten sehen zu lassen. Jahrelang hat man immer und immer wieder den Gewerkschaften vorgeworfen, sie trieben eine Lohnpolitik vom machtpolitischen Standpunkt aus, und jetzt? Jetzt erklären die Unternehmer den Gewerkschaften: Die wirtschaftliche Lage der Betriebe, die Frage, ob es der Firma gut oder schlecht geht, ob Geld da ist oder nicht, geht auch garnichts an. Brutal wird die durch Riesenarbeitslosigkeit, Nazibewegung und unsichere Regierungsverhältnisse für die Unternehmer günstig gewordene Situation ausgenutzt. Die Scharfmacher treiben lohnpolitischen Faschismus, d.h. nackte Machtpolitik in der Lohnfrage.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit bestreiten, dass die Zementindustrie die bis jetzt bezahlten und selbst höhere Löhne nicht zahlen kann.

---

SPD. Die Lohnverhandlungen für die sächsische Metallindustrie, die dieser Tage in Dresden stattfanden, sind gescheitert. Die Arbeitgeber fordern 15 % Lohnabbau. Sie machten den Verhandlungsbeginn sogar von der ausdrücklichen Anerkennung der Notwendigkeit der Lohnsenkung durch die Metallarbeitervertreter abhängig. Dass die Arbeitervertreter das ablehnten, versteht sich von selbst. Die Unternehmer wollen nun den Schlichter anrufen.

---

SPD. Die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau, die am Mittwoch in Essen stattgefunden haben, führten zu keiner Einigung. Der Zechenverband verlangte eine Lohnkürzung von 12 Prozent; die Gewerkschaften lehnten jede Lohnkürzung ab. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen voraussichtlich am 19. Dezember.

---

SPD. Der Schiedsspruch für die rheinisch-westfälischen Strassenbahnen, der eine Lohnkürzung von 6 % ab Januar vorsieht, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen; diese haben Verbindlichkeitserklärung beantragt.

---

SPD. Die Tarifverhandlungen für den oberschlesischen Bergbau, die von den Parteien in Gleiwitz geführt wurden, sind gescheitert. Verhandelt wurde über die Lohn- und Arbeitszeitfrage. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau von 12%, also denselben Satz wie die Ruhrbergbauunternehmer. In der Arbeitszeitfrage verlangen sie im allgemeinen Beibehaltung des bisherigen Zustandes. Für den Manteltarif haben sie verschiedene Verschlechterungen angemeldet.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen zur Lösung des Arbeitszeitkonflikts bei der Reichsbahn, die am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium begannen, gestalteten sich sehr schwierig. Der Schlichter hat zunächst den ganzen Tag mit den Parteien über Einzelheiten der Streitpunkte verhandelt. Die Verhandlungen sind dann auf Donnerstag 10 Uhr vertagt worden. Es ist nicht damit zu rechnen, dass es am Donnerstag bereits zur Bildung einer Schlichterkammer kommt.

---

SPD. Am Mittwoch mittag trat zur Neuregelung der Gehaltsfrage der Bankangestellten ein Schlichtungsausschuss im Reichsarbeitsministerium zusammen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich erst in den späten Abendstunden zu einem Schiedsspruch führen. Die Arbeitgeber fordern Senkung der Gehälter um 11%, Kürzung der Tarifstaffel bis auf das fünfte Berufsjahr, Kürzung des Urlaubs, Fortfall der Bankfeiertage und verschiedene Verschlechterungen des Manteltarifs.

---

SPD. Die mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen besitzen den Ehrgeiz, als die reaktionärsten Arbeitgeber angesehen zu werden. Sie haben allem Anschein nach auch Lust zu einer Machtprobe. Ihr Verband hat daher streikstrategische Richtlinien ausgearbeitet, nachdem er bereits vor einiger Zeit eine Streikentschädigungsgesellschaft gegründet hat. Richtlinien sehen im wesentlichen folgendes vor: Errichtung einer Werksstreikabwehrstelle, die alle die Arbeitseinstellung betreffenden Fragen zu beantworten hat, Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes, Notstandsarbeiten, Absperrung des Werksgeländes, Schutz und Unterbringung sowie Verpflegung der Arbeitswilligen, Sicherstellung des Fernsprechsprechdienstes, Regelung der Unfallversicherungsfrage und Berichterstattung bei Belästigung Arbeitswilliger.

Besonders gründlich ist Vorsorge getroffen, um der Unternehmerpresse reichlich Hetzmateriale gegen die Gewerkschaften zu liefern. So wird in den Richtlinien gefordert, dass bei drohenden Einzel- oder Gesamtstreiks das Verhalten der Streikhetzer (gemeint sind natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre) protokolliert und festzulegen sei. Bekanntmachungen von Seiten der Arbeiter sowie Flugblätter und Handzettel müssten unverzüglich den Unternehmerverbänden sowie den Spitzenverbänden der Arbeitgeber zugesandt werden.

Gegen Arbeiter, die streiken oder passiven Widerstand leisten, soll nach den Richtlinien mit fristloser Entlassung vorgegangen werden. Hierfür werden den Unternehmerverbänden die entsprechenden Verhaltensmassregeln mitgeteilt. Auch Betriebsratsmitglieder sollen von fristloser Entlassung nicht verschont werden und ebenso wenig Schwerbeschädigte, sofern "Aufforderung zur Arbeitsniederlegung, Streik, Terror und Hetzreden" vorliegen. - So scharf die Streikstrategen im Falle eines Arbeitskonfliktes gegen Arbeiterschaft, die um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft, vorgehen, so rührend ist ihre Vorsorge für die Arbeitswilligen. Streikbrechern soll in weitestgehendem Masse die Fürsorge der Werksvertretung zuteil werden. Bei Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige muss in jedem Falle Strafanzeige erstattet werden. Im Falle einer Belästigung von Arbeitswilligen durch Streikposten soll vom zuständigen Gericht eine einstweilige Verfügung erwirkt werden, um das Stellen von Streikposten der Streikleitung bei Geld- oder Haftstrafe zu untersagen.

Die Arbeitsmöglichkeiten sollen den kämpfenden Arbeitern, wenn irgend möglich, gleich im ganzen deutschen Reich in allen Beurten unterbunden werden. - Werden die Arbeiter der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie begreifen, was ihnen blüht, wenn sie nicht geschlossen bis auf den letzten Mann die Bastion des Bergbauindustriearbeiterverbandes beziehen, von der aus allein sie den Scharfmachern im Unternehmerlager zu Leibe rücken können?

---

## Besserungen in der Textilindustrie.

SPD. Seit langer Zeit liegen für die Entwicklung in der deutschen Baumwollindustrie Nachrichten vor, die immerhin optimistischer stimmen könnten. So sind Meldungen über Neueinstellung und Milderung der Kurzarbeit zu registrieren. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit hat sich gehoben. Dass die vorübergehend anziehenden Baumwollpreise angeregt haben, darf man annehmen. Andererseits drückt die allgemeine Stimmung derart auf die Baumwolle, dass sich während der letzten Tage die Notierungen wieder dem niedrigsten Stand des Sommers bedenklich nähern. Für die meisten baumwollverarbeitenden Länder hat sich mit der fortschreitenden Jahreszeit auch die Situation weiter verschlechtert.

In der deutschen Baumwollindustrie scheinen an den obenerwähnten Besserungen vorerst mehr die Spinnereien zu profitieren. Selbst wenn die Besserungen allgemeinen Charakter annehmen sollten, werden die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt wegen der noch immer im Gang befindlichen einseitigen Rationalisierung gering sein. So hat in Neugersdorf, einem Oberlausitzer Textilort, die Zahl der beschäftigten Weber und Weberinnen seit September vorigen Jahres um 700 abgenommen. An dem Rückgang sind aber nur solche Arbeitskräfte beteiligt, die 1 oder 2 Webstühle bedienen; dagegen hat sich die Zahl der an 3, 4 und 6 Stühlen beschäftigten Weberinnen und Weber vermehrt. In der Automatenweberei ist man dazu übergegangen, 20 Stühle (bisher 15) von einer Person bedienen zu lassen. Aus Augsburg wird geradezu von einem Wettrennen um Verringerung der Belegschaftszahlen gemeldet. Das ist typisch. Wie sehr aber heute schon die Kapazität übersteigert ist, geht wohl aus einem Bericht der Handelskammer in Münster hervor, nach welchem die Leistungsfähigkeit der münsterländischen Textilindustrie nur bis zu 60 % ausgenutzt wird.

In der Wollindustrie ist der Geschäftsgang der Kammgarnspinnereien und Webereien gut, was man nicht so ganz uneingeschränkt von der Herrenstoff- und Damenstoffweberei sagen kann. Greiz, Gera, Poessneck, Spremberg und Forst berichten über ungünstige Lage in der Damenstoffweberei. Im ganzen gesehen darf man aber auch in der Wollindustrie mit einer Zunahme der Beschäftigung rechnen. Man hat sich auch stark mit Rohstoffen eingedeckt. Die Augusteinfuhr 1930 war z.B. mit rund 9 Millionen Kilogramm fast doppelt so hoch als die im August 1929. Seit den Tagen der grossen Inflation war die Augusteinfuhr noch nie so gross wie in diesem Jahr. Im September haben sich besonders die Einfuhren an Merinowolle auf hohem Stand bewegt. Danach scheinen die Verarbeiter zumindestens damit zu rechnen, dass der Rückgang der Wollpreise zum Stillstand gelangt ist.

Besserungen sind auch in der Teppichbranche eingetreten. Allerdings arbeiten die Berliner Betriebe fast alle noch verkürzt. Kottbus hat dagegen 51-stündige Arbeitszeit in Doppelschichten. Besserungen werden auch aus Gera und Chemnitz gemeldet. Weniger gut liegt die Möbelstoffweberei. In Chemnitz, Barmen, Elberfeld, Gräfeath, Rosswein und Kulmbach wird teilweise voll, zum Teil aber auch verkürzt gearbeitet. Kurzarbeit überwiegt auch in der Filzbranche. Die Beschäftigung schwankt zwischen 36 und 48 Stunden.

Die Lage der Seidenindustrie wird immer noch als gut bezeichnet, wenn auch aus verschiedenen Orten Meldungen über leichtes Nachlassen des Geschäftsganges vorliegen. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte sich aber immer noch um rund 47 Stunden bewegen. Von der bekannten Firma Gütermann wird berichtet,

dass sie Mühe hat, ihre Aufträge zu bewältigen. Die Nachfrage nach Samtgeweben hat nachgelassen. So kamen in Viersen, einem Hauptort dieser Branche, 300 Arbeitskräfte zur Entlassung. In München-Gladbach schwankt die Arbeitszeit zwischen 24 und 53 Stunden. In den Seidenwebereien wird mit wenigen Ausnahmen voll gearbeitet. Weniger übersichtlich ist die Lage in der Kunstseidenindustrie. Den Meldungen über hohe Umsätze in Kunstseidengarnen steht die Tatsache gegenüber, dass die Fabriken zum Teil verkürzt arbeiten. Bemberg, einer der grossen Kunstseidenkonzerne, steht anscheinend vor Arbeiterentlassungen.

Die Rohstoffnot in der Leinenindustrie dürfte behoben sein, nachdem Russland aus der diejährigen Ernte grosse Flachsmengen zu billigen Preisen auf den Markt geworfen hat. Der Preis für Flachs schwankt um Vorkriegsstand. Dagegen sind die Garnpreise zweifellos überhöht. Deshalb ist auch die Konkurrenz der Baumwollgarne schwer zu überwinden, was einer besseren Konjunktur in der Leinenindustrie stark im Wege steht. Die Hanfbetriebe haben hier und da Arbeitskräfte neu eingestellt, da sich die Lagerbestände wesentlich verringert haben. Im grossen und ganzen fehlt es hier aber an Exportaufträgen, auf die die Firmen angewiesen sind. Die Juteindustrie arbeitet zum Teil noch immer mit wesentlichen Betriebseinschränkungen. Andererseits lässt die grösste deutsche Fabrik, die Max Bahr A.G. in Landsberg a.W., ihre Sacknähereiabteilung 56 Stunden pro Woche arbeiten. Bei den Aussenseiterbetrieben in Ahaus, Burgsteinfurt, Kassel und Reichsbach beträgt die Wochenarbeitszeit etwa 48 bis 52 Stunden.

Die Lage der meisten Wirkereien und Strickereien ist befriedigend. Die Strickereien haben teilweise sogar Doppelschichten eingeführt. Daneben werden auch Überstunden verlangt. In der Stoffhandschuhbranche hat sich die Lage etwas gebessert. Chemnitz meldet zum Teil gute Beschäftigung. Während die Schneeberger Spitzen- und Deckenindustrie eine Besserung der Geschäftslage meldet, sind die Berliner Stickereien ausserordentlich schlecht beschäftigt. In der Posamenten- und Bandbranche ist der Geschäftsgang überwiegend schlecht. Als schlecht wird auch die Situation in der Gardinen-, Spitzen- und Tüllherstellung bezeichnet. Für die Tüllwebereien berichtet allerdings Plauen eine kleine Besserung. Die Veredelungsindustrie hat befriedigenden Geschäftsgang.

SPD. In der "Ernährungs-Wirtschaft", einer für rechtsagrарische Kreise bestimmten Halbmonatsschrift, beschäftigt sich Gutsbesitzer P. Squenz mit dem Kartellunfug und der Frage der Reallöhne. Squenz kommt zu folgenden Schlüssen:  
"Es ist unmöglich, dass die Industrie noch länger alleiniger Nutzniesser der Rationalisierung bleibt, wenn die Landwirtschaft daneben am Leben bleiben soll, denn der durch Gehalts- und Lohnabbau erzeugte Preisdruck muss sich zwangsläufig auf die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auswirken. Wir meinen, dass es die vornehmste Aufgabe der Regierung wäre, ihr Augenmerk auf den deutschen Binnenmarkt zu richten und dafür zu sorgen, dass seine Kaufkraft durch die Lohnabbaupsychose und Verelendung der Landwirtschaft nicht weiter geschwächt wird. Die Regierung sollte dem englischen Beispiel (Abbau der Farbzölle, Red.) folgen und durch Herabsetzung der industriellen Zölle dafür sorgen, dass überall dort, wo die Rationalisierung abgeschlossen ist, der frische Wind des Weltmarkts in die Stickluft der Kartelle und Syndikate weht. Dann würden sie auch die Hände frei bekommen für eine der Lage der Landwirtschaft angemessene Handelspolitik. Die Industrie wird eines Tages aus ihrem Traum erwachen und die heute verspottete "Kaufkrafttheorie" wird wieder zu Ehren kommen wenn man einsieht, dass auf die Dauer die Kaufkraft nicht von der Lohn- und gleichzeitig von der Preisseite her attackiert werden kann, ohne dass die ganze Wirtschaft darüber zugrunde geht. Es will mir scheinen, dass die derzeitige Problemstellung in ihrer Grundlage falsch sei. Die heutige Wirtschaftslage ist nicht geeignet, einen Kampf auf Leben und Tod auszutragen, sondern muss auf Ausgleich, auf Abschwächung der Gegensätze eingestellt sein. Die Parole "Kampf"

gegen den Marxismus" enthält viel uneingestandene Selbstsucht und ist nicht frei von gefühlsmässiger Einstellung, die man etwa "Klassenkampf von oben" nennen könnte."

Wir wissen, dass Stimmen wie die des Gutsbesitzers Squenz nicht ganz so selten sind. Die Landwirtschaft wird es bald merken, welches Unheil die Lohnabbaupsychose unserer Industrieprominenten anrichtet. Richtig ist auch die Bemerkung, dass der "Kampf gegen den Marxismus" ein Klassenkampf von oben, d.h. ein wirtschaftlicher Interessenkampf und Raubzug auf die Taschen der breiten Bevölkerung ist. Das weiss der Gutsbesitzer Squenz, aber die Hunderttausende, die den nationalsozialistischen Scharlatanen nachlaufen, haben es bis jetzt noch nicht gemerkt.

---

SPD. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die sich mit den in der Notverordnung enthaltenen sogenannten Schutzmassnahmen für die Landwirtschaft beschäftigen. So soll z.B. das Weizenbrötchen durch Beimischung von Roggenmehl verschlechtert werden. Das dürfte den Brotabsatz verringern. Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag beantragt, dass sowohl der Beimischungszwang von Roggen zum Weizenmehl wie auch der Zusatz von Kartoffelmehl zu den Weizenbrötchen verschwinden soll. Ausserdem verlangt der Antrag die Aufhebung des Verbots für die Gastwirtschaften, Weizenbrot abzugeben, und die Aufhebung der Sperre für den Hausiererhandel mit Weizengebäck. Diese Aenderungsanträge sollen nicht nur dazu dienen, die Schikanen gegen die Verbraucher zu beseitigen, sondern sie liegen auch im Interesse der Landwirtschaft, die durch solche Zwangsbeeinflussungen des Verbrauchs keine Steigerung des Absatzes zu erwarten hat. Ferner wurde beantragt, dass allgemein der Ausmahlungszwang für Roggenmehl von 60 auf 70% erhöht wird. Es hat sich gezeigt, dass der Roggenbrotkonsum, seitdem das Brotgesetz in Kraft ist, sich vermindert hat, weil das weniger ausgemahlene Roggenmehl zu leicht trocken wird und der Konsum zu Spezialbroten übergang.

Weiter wurde von der Sozialdemokratie der Antrag gestellt, die Kleie- und Hirsezollerhöhung wieder aufzuheben, da im Interesse einer Verbilligung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft die Preise für Futtermittel nicht erhöht werden dürfen. In die gleiche Richtung fällt ein Antrag, den Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung so zu bemessen, dass der Durchschnittspreis für das Gemisch aus verzollter Gerste und Eosinroggen den Betrag von 170 Mark nicht übersteigt.

Um den Einfluss der Arbeitnehmer und der organisierten Verbraucher auf die Festsetzung der Standardklassen zu verstärken, wurde beantragt, dass in das Handelsklassengesetz, das in der Notverordnung aufgenommen ist, eine entsprechende Einschaltung erfolgt.

Die sozialdemokratische Fraktion will durch diese Zusatzanträge zu der Notverordnung versuchen, ihre grössten Schäden im Interesse der Verbraucher und der bäuerlichen Wirtschaft zu beseitigen.

---

SPD. Die neuen zollpolitischen Forderungen des Reichsernährungsministers offenbaren deutlich die Gegensätzlichkeit unserer Zollpolitik. Man will - und mit Recht - die Anpassung des deutschen Preisniveaus an die Weltmarktpreise vollziehen. Man will die Preise senken. Andererseits arbeitet der Reichsernährungsministerschonungslos auf eine Preissteigerung hin, deren Gefahren sich anscheinend das Gesamtkabinetts nicht verschliesst. Anders könnte man sich nicht erklären, dass die Aussprache über die neuen Schieleschen Pläne im Kabinetts bereits 2 Mal vertagt werden musste. Die Bedenken des Kabinetts sind begreiflich. Weizen z.B. kostet heute, Cif-Offerte - Hamburg in Mark und Tonne

umgerechnet, 125 Mark. Das ist unverzollter Weizen. Der Preis steigert sich aber um 250 Mark, sobald der Weizen die deutsche Grenze überschreitet und verzollt wird. In Berlin wird der Weizen gegenwärtig mit 245 Mark pro Tonne gehandelt. Diese Preisunterschiede müssen sich einmal in der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands bemerkbar machen und wir fürchten, dass das recht bald der Fall sein wird.

Man kann der industriellen Bevölkerung in Deutschland nicht vorwerfen, dass sie kein Verständnis für die Agrarkrise habe. Verständnis aber hat die industrielle Bevölkerung nicht dafür, wenn z.B. der Reichsernährungsminister einen Holzbeischleifungszwang verlangt, obwohl die deutsche Papierindustrie nach den unglücklichen Russenverträgen - sie hat sich stark mit russischem Holz eingedeckt, bevor der grosse Preissturz in Holz erfolgte - sicherlich ihre eigenen Kopfschmerzen hat. Man sagt, dass gegenwärtig im Reichsinnenministerium die Interessenten ein- und auslaufen und dass der verrückteste Vorschlag Aussicht hat, von dem gegenwärtigen Reichsernährungsminister in einem seiner vielen Programme untergebracht zu werden. Die Furcht industrieller Kreise, dass der zollpolitische Vorstoss der Agrarextremen schliesslich zur Kündigung von Handelsverträgen und Vernichtung unseres gegenwärtigen Handelsvertragssystems führen wird, lässt sich schon begreifen.

Diese Politik, die Herr Schiele proklamiert, ist einseitige Interessentenpolitik. So fordert Schiele z.B. die Erhöhung des Kaseinzolls - Kasein ist ein Stoff, der industriell verwendet wird - um das Zehnfache. Dabei werden in Deutschland 300 Tonnen Kasein produziert, während wir etwa 15 000 Tonnen gebrauchen. Sinnloser können Zollvorschläge nicht gemacht werden und man fragt mit Recht, welcher Interessent diesmal hinter diesen Vorschlägen steckt?

-----  
In Erwartung neuer Massnahmen.  
-----

(Berliner Getreidebörse vom 10. Dezember)

SPD. Die Grundstimmung an der Berliner Produktenbörse hat sich am Mittwoch kaum geändert. Die mangelnde Unternehmungslust, die sich wieder mehr bemerkbar machte, ist zunächst eine Folge des schleppenden Mehlgeschäftes, dann aber auch durch die herrschende Unsicherheit über die weiteren Pläne der Regierung bedingt. Das Angebot war in promptem Brotgetreide an Weizen ausreichend, an Rogge knapp. Roggen wurde von Mühlen und Händlern zu unveränderten Preisen aufgenommen, erlitt dagegen im Zeithandel leichte Preiseinbussen. In Weizen war bei unveränderten Preisen die Umsatztätigkeit sehr gering. Mehl blieb leblos. Hafer hatte ruhiges Geschäft. Für Gerste blieb die Stimmung stetig.

	<u>9. Dezember</u>	<u>10. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 247	242 - 243
Roggen	155 - 156	156 - 158
Braugerste	202 - 220	202 - 220
Futter- und Industrierogerste	190 - 194	190 - 194
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	29,00-36,75	29,00-36,75
Roggenmehl	23,75-26,85	24,00-26,85
Weizenkleie	10,15-10,40	10,15-10,40
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember (Vortag: 261), März 271 $\frac{1}{2}$ -272-271 $\frac{1}{2}$  (271 $\frac{1}{2}$ ), Mai 281-280 $\frac{1}{2}$  Brief (281). Roggen Dezember 175 $\frac{1}{2}$ -176  $\frac{3}{4}$  (176 $\frac{1}{2}$ ), März 185-186 $\frac{1}{2}$  (186 $\frac{1}{2}$ ) Mai 192 $\frac{1}{2}$ -193 $\frac{1}{2}$  Geld (193  $\frac{1}{4}$ ). Hafer Dezember 156 plus Geld (-), März 166 (167), Mai 177 (177 $\frac{1}{2}$ ).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 10. Dezember 1930

Der Fink.\*

SPD. Wir sassen im behaglich durchwärmten Zimmer, mein Freund Ilja, seine Frau, meine Frau und ich. Draussen wirbelten die Flocken des ersten Schneefalls in wildem weissem Geflimmer durch die Luft. Heftige Windstösse rissen die kahlen Zweige der Bäume hin und her - es war so recht ein Wetter, um gemütlich beisammen zu sitzen.

Ilja deutete nach draussen: "Jetzt ist es gut, ein warmes Zuhause zu haben. Wehe dem armen Teufel, der in öden, unfreundlichen möblierten Zimmern wohnen muss und Abends beim Nachhaukommen am kalten Ofen sitzt!" - Er wandte sich aus seinem Selbstgespräch heraus mehr an uns: "Ihr Glücklichen wisst das ja gar nicht zu schätzen, Euer warmes Heim, Eure schönen Möbel, Eure gesicherte Existenz - aber die andern, die armen Teufel alle - - -"

Wir schwiegen. Wir wussten, dass Ilja im Grunde doch nur von sich selbst sprach. Als achtzehnjähriger Revolutionär hatte er in den Gefängnissen des Zaren gesessen, war zu Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt, durch die Revolution befreit - - und nachher von den gleichen Revolutionären, mit denen er Schulter an Schulter gekämpft hatte, aus der Heimat getrieben worden. Bis er hier nach jahrelangem Herumirren seine Frau und eine neue Existenz gefunden hatte.

Ilja sprach weiter: "Bei denen, die sich das Herumreisen in aller Welt leisten können, nennt man's Globetrotten - das ist ein Wort, in dem man förmlich das dicke Bankkonto stehen sieht. Aber die anderen armen Hunde..."

Seine Frau unterbrach ihn, nach draussen deutend: "Sieh doch, Ilja, der Fink!" - Tatsächlich sass in dem von uns auf dem Balkon aufgehängten Futterring ein Fink und pickte eifrig die Futterkörner heraus. Klein und bunt sass er hier vorn Fenster und liess sich's gut schmecken.

Ilja nickte. "So ein kleines Tier - ich kann Euch eine kleine wahre Geschichte erzählen, wie ein Fink eine Ehe, die beinahe zerbrochen war, wieder zusammengebracht hat. - Es war gerade so ein Tag wie heute, kalt; der erste Schnee fiel; - es ging mit aller Gewalt zum Winter. Ich war damals gerade in einer kleinen norddeutschen Stadt und wohnte bei einem Ehepaar, das sich gegenseitig das Leben zur Hölle machte. Er war ein arger Säufer, arbeitete schon seit langem nur noch so viel, wie eben nötig war, um sein tägliches Quantum Schnaps kaufen zu können. Na, und sie war nicht viel besser, hielt es mit anderen Männern, trieb sich nächtelang herum. Jeden Tag war Krach. Einer kränkte den Andern und tat ihm zuleide, was er nur konnte - ein Wunder war's nur, dass sie noch nicht auseinandergeraten waren. Mir war das ja eigentlich gleichgültig. Ich ging morgens früh fort, kam abends nur zum Schlafen nach Hause - und viel Geld, um mir eine andere Wohnung zu suchen, hatte ich auch nicht. Es war damals die Zeit, in der es mir am schlechtesten ging. Alles, was ich anfang, misslang mir - - ich war nahe daran, zu verzweifeln.

An dem Tage also, von dem ich auch erzählen will, war ich mutlos zu Hause geblieben. Ich sass in meiner kalten Stube; nebenan wirtschaftete die Frau in der Küche herum, als ich den Mann die Treppe heraufkommen hörte. Man merkte gleich, dass er wieder betrunken war, und richtig, kaum war er hereingekommen, da ging auch schon der Krach los.

"Hast du wieder die letzten paar Groschen versoffen, du Lump?" fing sie an. Grobe Antworten von seiner Seite folgten. Ihr könnt Euch keinen Begriff.

davon machen, wieviel Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich die beiden Menschen sagten. Angewidert wollte ich fortgehen. Da blieb ich plötzlich erschrocken stehen. Draussen schienen die Dinge einer Katastrophe zuzutreiben. Das laute Schimpfen war stiller geworden - verbissen und keuchend vor Wut schleuderten sich die beiden Menschen ihren Hass entgegen.

Jetzt - ein unflätiges Schimpfwort von ihr - er heulte förmlich auf vor Wut... das Fenster klirrte... ein halbersticktes "Hilfe!" der Frau... ich riss die Tür auf... da rangen die beiden am Fenster, jeder bemüht, den andern die drei Treppen hinunter auf den Hof zu stossen... als das Wunder geschah. Ein kleiner, dunkler Ball schoss vom Hofe durchs Fenster in die Küche, wirbelte flügel=schlagend ein paarmal hin und her und blieb dann zitternd auf dem Küchentische sitzen. Ein Fink, der sich auf der Flucht vor irgendeiner Gefahr hierhin verirrt hatte.

Die beiden Menschen waren auseinander gefahren - standen schwer atmend und sahen auf das hilflose, unscheinbare Geschöpf, das dort klein und angstvoll sass. - Bis die Frau sich als erste löste. Langsam ging sie auf den Vogel zu, der sich wohl bei dem Umherflattern den Flügel verletzt hatte und nicht fortfliegen konnte. Sie nahm das ängstlich piepende Tierchen in die Hand, sah es an und wandte sich dann langsam zu dem Manne, dem jetzt erst das Grauenhafte klar zu werden schien, dem sie beide entgangen waren. "Wollen wir ihn behalten?" - Er schluckte und nickte. "Ich hole ein Bauer," sagte er leise und ging langsam und schwer aus der Tür.

Es waren die ersten Worte seit Jahren, die die zwei Menschen miteinander sprachen, in denen kein Hass klang. Eher war es wie ein Erwachen aus einem dumpfen Traume - wie ein Besinnen auf Menschlichkeit. Der Mann brachte das Bauer. Der Fink gewöhnte sich bald an sein Heim. Es schien, als wollten die beiden Menschen ihm danken; so besorgt und liebevoll waren sie zu dem Tierchen. Und langsam wuchs gegenseitiges Wiederverstehen aus der Liebe zur Kreatur....

Seitdem ging der Mann nie mehr in die Kneipe. Als ich ein halbes Jahr später fortzog, drückten mir zwei Menschen, die sich wiedergefunden hatten, zum Abschiede die Hand. In seinem Bauer aber schilpte der kleine Fink, den damals in der schlimmsten Stunde eine gütige Vorsehung seinen Flug in das offene Fenster hatte nehmen lassen....

Walter Schirmeier.

---

### Ein Weihnachtsabend in Spanien.X

---

SPD. Die Spanier kämpften siebenhundert Jahre mit den Arabern um ihr eigenes Land. Und sie siegten. Die maurischen Eroberer mussten fliehen. Was nun aber aus Spanien wurde, ist eine Mischung von Arabertum und Christentum. Die Städte, die Kirchen, selbst die Menschen in ihren Sitten und in ihrem Blute sind durchdrungen von beiden Kulturen.

Wir kamen am Morgen des 24. Dezember in Valencia an. Die Stadt war durchströmt von Menschenmassen. Alles Leben aus den Wohnungen schien auf die Strassen verlegt zu sein. Kinderscharen füllten die engen Strassen und Gässchen. Frauen schmückten Fenster und Balkone mit Teppichen und bunten Tüchern. Die Kirchenglocken läuteten fast den ganzen Tag. Durch die Hauptstrasse, die schöne Calle de Catalleros, flutete die junge Generation zwischen der Kathedrale und der Plaza Guerillero Romeu - Studenten, Bürgerstöchter, geistliche Herren. Es war ein weiges Grüssen und Kokettieren. Und über dieses sorglose Leben wölbte sich ein freundlich blauer Himmel. Aus geöffneten Haustüren drang der etwas aufdringliche Geruch von heissem Olivenöl und gebackenem Fisch. Die Kellner der grösseren Restaurants waren eben dabei, hemdärmelig die Tische auf den Trottoirs weiss zu decken. Blaugelbgrün glasierte Turmkuppeln der Kirchen schauten auf

das Treiben herunter. Das Atmen war leicht in der milden, reinen Luft, und die Menschen waren erwartungsvoll, heiter, feierlich auf das Kommando gerichtet - als ob kein Unglück, kein Schmerz in dieser Welt zu beklagen sei. Diese tausendfältige Vorbereitung zum Feste erschien uns als etwas Kostliches. Es war darin eine Veranschaulichung volkstümlicher Kraft und Sicherheit, eine Offenbarung religiöser Tradition vieler Jahrhunderte, die sich dem erstaunten Auge des Fremden auftat.

Wir wanderten noch zur Kathedrale, in deren Halbdunkel eine kleine Völkerwanderung ein- und auszog. Das Hauptportal war mit Myrten und Lorbeerbäumen geschmückt. In der Sakristei hängen kostbare Gemälde, auch solche des spanischen Volksmalers Murillo. Davor war eine riesige Skulptur aufgestellt, eine Christgeburt=Gruppe im Bethlehemstall.

Die Besteigung des Miguelete=Turms auf steiler Wendeltreppe wird belohnt mit einer herrlichen Aussicht über die Stadt bis zum Meer, weit hinaus über die Gärten und ins Gebirge. Die Kathedrale von Valencia ist eine der schönsten Kirchen im östlichen Küstengebiet Spaniens.

Doch den Abend wollten wir nicht in der Stadt verbringen. Deshalb zogen wir am Nachmittag weiter südlich, durch Reisfelder und Gärten, in die Sierra de Cullera, und marschierten noch lange nach Eintritt der Dämmerung. Erst in der achten Abendstunde machten wir Halt in einem Dorfe, suchten dort die Wirtschaft die Fonda, bestellten Nachtmahl und Nachtquartier. Eine üble Angewohnheit der Spanier ist es, die Abendmahlzeit sehr spät einzunehmen, die immer sehr reichlich ist und als die Hauptmahlzeit des Tages gilt. Als wir uns gegen 9 Uhr zu Tisch setzten, war das ganze Dorf in der Fonda versammelt, und jeder Bissen von uns wurde von allen Seiten beobachtet. Die Frauen und Mädchen des Dorfes sassen und standen in der Küche und warfen neugierige Blicke in die grosse Wirtsstube. Dass am Weihnachtsabend hier deutsche Touristen eingekehrt waren, das war sicherlich noch nicht dagewesen. Mit vieler Grandeza wurde uns serviert und jeder Gang umständlich erklärt und empfohlen. Es gab zuerst dicken Reis mit Knoblauch und Tomaten. Dann in Oel gebackene Eier mit rotem Pfeffer, dann Hammelfleisch in einer dunkel=gelben Oelsosse und kalten Schinken in Zucker eingemacht. Danach Muscheln und gebratenen Fisch, braune Zwiebeln und dann noch einmal Fleisch - Kaninchenbraten. Apfelsinen in Scheiben mit der Schale, in heissem Reisschnaps, gab es als Dessert. Ohne den dunklen feurigen Wein wären die öltriiefenden Speisen nicht geniessbar gewesen, und ich hatte denn auch mit dem Wein nicht gespart. Kein Wunder, dass die braunen Männergesichter bald um mich herumtanzten und ich in dem blauen Tabakdunst fast nichts mehr unterscheiden konnte. Aber je mehr man trinkt, desto besser schmeckt es. Unser Nachtmahl dauerte schon über eine Stunde, und noch war kein Ende. Es gab noch Kaffee, bitter und schwarz, verschiedene Schnäpse, und schliesslich sollten wir auch noch von etlichen unsrer neuen Freunde verschiedene Obstsorten kosten. Mir war so weinselig zumute, dass ich mir abweisend auf den Bauch schlug - meine Leistungsfähigkeit war zu Ende - was allgemeines Gelächter auslöste.

Ein Glück für uns, dass der Abend noch eine andere Wendung brachte, denn mit so vollem Magen kann man nicht schlafen. Nach langem gegenseitigem Ausfragen und Berichten mit vielen Missverständnissen und noch reichlicheren Gestikulationen zogen wir nach der Kirche - in Gruppen, Männer und Frauen für sich. Der kleine Raum der Kirche war von Kerzen erleuchtet, die rohen Steine mit einem schreienden Blau übertüncht. Die Kirche war bald von lärmenden Menschlein gefüllt, trotzdem fast alle Männer draussen standen, rauchten und sich laut unterhielten. Vor dem Altar stand auf einem Holztisch unter einem Kranz von Papierblumen eine Geburt Christi aus bunten Holzfiguren. Frauen und Kinder knieten nieder - das Singen und Beten wollte kein Ende nehmen. Schwatzen und Lachen belebte auch diese volkstümliche kirchliche Feier, wie das fast überall im Süden anzutreffen ist.

Darauf marschierte die ganze Versammlung zur Fonda zurück, wo es noch lange hoch herging. Ein Grammophon liess alte, vergessene Schlager auferstehen, und ein Steinkrug nach dem andern wurde aus dem Keller heraufgeholt und die Geburt Christi

sti noch reichlich begossen. Erst einige Stunden nach Mitternacht kamen wir zur Ruhe.

Die christlichen Mythen sind noch heute eine Grundlage für alles geistige Leben im spanischen Landvolk.

A. Reissmann.

-----  
Die Weihnachtsgans.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Schwerer, bleigrauer Nebel hängt über dem Oderbruch. Die Hand ist nicht vor Augen zu sehen. Ich taste mich vorwärts durch den Schleier, hinter dem ein vieltausendstimmiger Geisterchor aufschreilt. Auf einmal ist der Gespenster-  
vorhang weg. Helle Bogenlampen leuchten auf. Geschnatter zerreißt die Luft. Es gibt keinen Zweifel. Ich bin in dem berühmtesten Gänседorf der Welt. "Neutřebbi  
schnattern 90 000 Schnäbel.

1800 Menschen leben huer von der Gans. Die Bevölkerung besteht nur aus Gänse-  
treibern, Fütterer, Rupfern, Mästern, der Gänsemetzger, Arbeiter in der Bettfe-  
dernfabrik und Futterhändlern. Von Januar bis März bringen die Gitterwagen der  
Güterzüge in vier Etagen Italiener und Holländer, von April bis Mai Westfälin-  
ger, von Juni bis Oktober Polen und Litauer, im Dezember wieder Polen und Russen.  
Im Sommer bei der Hitze haben die Gänse keinen Appetit. Ihre Gewichtszunahme ist  
sehr gering. Erst in der kalten Jahreszeit kommen sie auf den Geschmack. Im De-  
zember während der Kampagne schmeckt's am besten. Da machen sie sich für Weih-  
nachten fertig. Fressen, fressen ohne Pause, das ist die Parole. Die Menschen ha-  
ben ein raffiniertes System ausgeklügelt. Tausendkerzige Glühbirnen hängen an  
hohen Masten über den Buchten. Die Nacht wird zum Tage. Die Gans kann nur im  
Dunkeln schlafen. Jetzt muss sie wachen und fressen. Und sie frisst ohne auf-  
zuhören. Zweitausend Gänsemägen zu füllen, ist keine leichte Aufgabe. Je ein  
Fütterer hat zwei Gänsereregimenter zu verpflegen. Auf Feldwagen wird das Futter  
angefahren. Hundert Gänse sind in einer Bucht zusammengepfercht. Nur nicht zu  
viel Raum! Nicht so viel, dass die Tiere Verdauungsspaziergänge unternehmen, aber  
auch nicht zu wenig, damit sie nicht ersticken. Die Mahlzeiten sind durchgehend  
vom Morgen bis zum Abend und wieder vom Abend bis zum Morgen. In 35 Tagen aus  
einem polnischen Vogel eine original Oderbrucher Fettgans zu machen, das erfor-  
dert System.

Zwei Tage-reisen brauchen die Gänse aus Mussolinien und dem roten Russland.  
Der Kreistierarzt empfängt jeden Transport. Verdächtige werden gleich in Qua-  
rantäne gesteckt. Der Abdecker holt sich die Toten und verwendet ihre Federn. Die  
Lebenden bekommen zuerst Diät. Zehn Tage Hirse und Kleie. Dann wird die Kost  
schwerer, bis Mais, Hafer, Rüben und Brot durcheinandergefüttert werden. Pro  
Schnabel und pro Tag rechnet der Mäster ein Pfund Futter, 40 Pfund für die ganze  
Kur. Von den Mischungsverhältnissen und den Futterarten ist der Erfolg abhängig.  
Zur Hebung des Appetits wird phosphorsaurer Kalk in das Futter gegeben. Doch,  
nicht nur das Futter ist eine Oderbrucher Spezialität. Das Wasser ist das Eli-  
xir. Wie das Münchener Bier ohne die Isar nichts wär', so wären ohne das Oder-  
wasser die Oderbruch-Gänse nicht das, was sie sind. Die Mäster schwören auf die  
Wundertätigkeit des eisenhaltigen Bruchwassers, das dem Gänsefleisch erst das  
Aroma geben soll. Die Gänse bleiben die ganze Mastzeit über im Freien. Je fro-  
stiger das Wetter und je trockener der Wind, desto grösser ist der Appetit und  
umso grösser der Profit der Gänsemäster. Die Fettpolsterung, die täglich stär-  
ker wird, und die Federn sind der beste Kälteschutz. Nur Fusskälte kann die Gans  
nicht vertragen. Dreimal am Tage wird die Streu in den Buchten gewechselt, um  
den Barfüsslern wenigstens von unten einige Wärme zuzuführen. Im Winter 1928/29  
sind tausenden von Gänsen die Füsse abgefroren.

Ist die Mast beendet, so werden die Tiere an Ort und Stelle geschlachtet.

Hunderte von Frauen sitzen auf langen Bänken nebeneinander und rupfen. Die Federn werden sofort in die Fabriken geschafft, bis sie als Daunendecken wieder im Handel erscheinen. Allabendlich werden die geschlachteten Gänse nach Berlin verfrachtet. Morgens in aller Frühe sind sie schon am Ostbahnhof. Am Mittag oft schon in den Bratpfannen der Berliner. Freilich hat in diesem Jahre auch das Gänsegeschäft unter der Wirtschaftskrise ganz besonders zu leiden. Die Oderbrucher Mästereien haben 25 % weniger Gänse als gewöhnlich in den Buchten stehen. Die russischen Gänse - auch Gefriergänse - fehlen in diesem Jahre vollständig. Wo die Russen selbst nichts zu essen haben, wird es ihnen wohl kaum möglich sein, den Gänsen das wertvolle Körnerfutter zu geben und sie zur Mast vorzubereiten.

Früher war die Oderbrucher Gänsemästerei noch von einem romantischen Zuge umgeben. Ganz besonders vor Weihnachten. Grosse Gänseherden kamen von weit her aus dem Polnischen mit Pferdegespannen. Dann wurden sie ins Dorf getrieben. Das ist heute vorbei. Vom Waggon aus werden die Gänse in Lastautos verladen, die sie direkt in die Grossmästerei bringen. Die Methode, die Gänse zu stopfen, hat man völlig aufgegeben. Das Einzige, was geblieben ist, seitdem hier die klassische Weihnachtsgans gemästet wird, ist das vieltausendstimmige Schnatterkonzert, das durch die kalte Dezemberluft rauscht. Aber wer weiss, wie bald die profitgierigen Menschen auch noch etwas erfunden haben werden, dass die Gänse ihre Mastkur nicht mehr durch Schnattern unterbrechen. Das Schlafen haben sie ihnen schon abgewöhnt. Nicht bewegen, nicht schlafen, nicht schnattern, nur fett werden und keine Zeit verlieren!!

Norbert Bachrach.

-----  
Schon lange vergessen...?x  
-----

Es liegt so weit zurück. Du hast es schon vergessen:  
Weihnachten, als Krieg war.  
Du stricktest Strümpfe für Paul und hattest nicht genug zu essen  
Weihnachten, als Krieg war.

Vater lag irgendwo im blutigen Flandern,  
Und seit acht Wochen war keine Post mehr gekommen.  
Mutter hörten wir nachts noch im Zimmern wandern.  
Wir wälzten uns im Bett und beteten beklommen...

In den Strassen sah man viele Frauen in Trauer,  
Und Soldaten humpelten auf Stöcken oder den Arm verbunden.  
Vor den Lebensmittelgeschäften stand das Volk wie eine Mauer.  
Manche sagten: Man verkauft jetzt schon Fleisch von Katzen und  
Hunden..

In den Schulen sangen die Kinder Choräle aus hungriger Kehle.  
Ihre Väter und älteren Brüder standen im Feld.  
Ihre Mütter gingen zur Arbeit in die stickigen Säle  
Und zeichneten Kriegsanleihe mit dem letzten Geld.

Der Tannenbaum wurde mit vielen Tränen geschmückt.  
Otto war nun bei Ypern gefallen.  
Mutter bekam graues Haar und ging fast gebückt.  
Er war ihr der liebste von uns allen.

Die Mütter weinten, und wir Kinder schrien "Hurra!"  
Es waren wieder viele Russen gefangen.  
Wir wussten von Lüttich, Mauberge, aber noch nichts von Spa.  
Wir assen Marmeladestullen und sangen...

Wir haben das alles schon längst wohl vergessen? - -  
Es geht uns nicht gut, doch man hält es noch aus.  
Wir schlafen in weichen Betten und haben zu essen.  
Wir feiern Weihnachten zu Haus, zu Haus.

Kurt Rudolf Neubert.

-----  
Die Brüder Goncourt.<sup>x</sup>  
-----

(Zum 100. Geburtstag von Jules de Goncourt am 17. Dezember.)

SPD. In der französischen Literatur, in der Geistesgeschichte überhaupt, ist der Fall der Brüder Goncourt wahrhaft einzigartig. Obwohl der ältere Bruder Edmond den jüngeren Jules um 26 Jahre überlebte und selbst noch einige Romane geschrieben hat, sind sie unzertrennt und als ein zusammenhängender Begriff in die Weltliteratur eingegangen. Sie haben ihre Werke von früh auf gemeinsam verfasst; in 22 Jahren gemeinsamer Arbeit und Zusammenlebens haben sie sich nur einmal auf 48 Stunden getrennt. Man muss sich ein solches Zusammenwirken einmal im ganzen Umfange vorstellen. Schon im gewöhnlichen Leben findet man selten eine derartige, niemals getrübe Harmonie. Gewiss ist es möglich, dass Brüder rein geschäftlich dauernd zusammenarbeiten. Gewiss können sich auch zwei Künstler für eine Zeitspanne zusammentun, um ein gemeinsames Werk zu schaffen. Aber die Art, wie die beiden Goncourt alle ihre Lebens- und Kunstinteressen verschmolzen, erscheint noch heute rätselhaft und dürfte es auch für spätere Zeiten bleiben.

Ihre Bedeutung beruht auf ihren epochalen Leistungen als Geschichtsschreiber und Romanschriftsteller. Als Abkömmlinge einer begüterten Familie waren sie nicht auf Broterwerb angewiesen. Schon in jungen Jahren stellten sie sich ganz bestimmte Aufgaben und führten sie mit unerhörtem Fleiss und grösster Gewissenhaftigkeit durch. Wie die meisten ihrer grossen literarischen Zeitgenossen wurden auch sie anfänglich verlacht oder totgeschwiegen. Zuerst, als sie das französische 18. Jahrhundert, damals als schwülstig und verlogen verfemt, zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Forschung machten. Sie waren dauernd auf der Jagd nach unbekanntem und vergessenen Zeugnissen. Sie haben nicht nur an 30.000 Zeitzungen, Broschüren, Bücher und Zeitungen aus jener Zeit studiert, sondern auch ungeheuer viel Ungedrucktes, die Gemälde, Zeichnungen, Bronzen, Möbel, Moden, Stoffe, Stickereien und den Putz des Rokoko gesammelt und als Material verwertet. Die nach impressionistischer Methode geschriebenen und stets geistreichen Hauptwerke - u. a. die "Geschichte der französischen Gesellschaft während der Revolution", "Die Frau im 18. Jahrhundert", Abhandlungen über die Kunst und die Liebe dieses Jahrhunderts! - gaben ein ganz neues Bild und sind noch heute massgebend. Mag auch der Gesamtaufbau uneinheitlich und mehr wie ein Bild als ein Buch wirken, sie lösten trotzdem das zeitübliche Heldengedicht durch eine wirkliche Sit tengeschichte ab.

Man muss sich vielleicht fragen, warum die beiden Brüder gerade auf das 18. Jahrhundert verfielen. Vielleicht mag der Zufall mitgewirkt haben. Im wesentlichen aber findet man die Antwort, wenn man Goncourt die als Persönlichkeiten und den Inhalt ihrer Romane betrachtet. Ihr Zeitgenosse Flaubert bezeichnete sie einmal derb als "Bologneserhündchen". Obwohl sie gleich ihm einen Kultus mit der Literatur trieben, gefiel es ihm nicht, dass ihr ganzes Leben auf ein sensibles Geschmacksempfinden aufgebaut war. Ihnen haftete Zeit ihres Lebens ein

aristokratisches Geschmäcklertum an, in dem sie aufgingen. Die Kronzeugen hierfür fanden sie im 18. Jahrhundert. Auch in ihren Romanen kommt dieser nicht absprechend gemeinte Charakter deutlich zum Ausdruck. Nur wenige Personen treten in der Handlung auf; wichtig erscheint allein die überfeinerte und ziselierte Art der seelischen Darstellung. Für ihre Grösse allerdings spricht es, dass sie in der Sache nicht reaktionärer waren und somit neben Flaubert zu Wegbereitern des modernen Romans wurden. Sie gehören zu den ersten Naturalisten durch den ungeschminkten Stoff aus dem gewöhnlichen Leben, durch die unbarmherzige Analyse und durch die haargenaue Beobachtung der Aussenwelt. Von Roman zu Roman verfeinern sie sich, um schliesslich nur modernes menschliches Seelenleben zu schildern.

Der frühe Tod des besonders sensitiven Jules am 20. Juni 1870 kann wahrscheinlich auf Erschöpfung durch Arbeit und auf Verkanntsein zurückgeführt werden. Edmond aber wurde durch den Tod des Bruders derart enturzelt, dass er eigentlich nur noch einen überdurchschnittlichen Roman "Die Brüder Zemgani" zu schreiben vermochte: das Leben eines Zirkusartisten, der ebenso wie er den Tod des Bruders nicht vergessen kann. Immerhin aber hat er das mit Jules begonnene "Tagebuch" fortgesetzt, das zum bedeutendsten Dokument des literarischen Lebens ihrer Zeit wurde. Gegenüber dem dänischen Literaturhistoriker Georg Brandes hat Edmond Goncourt sich einmal über das Geheimnis der brüderlichen Zusammenarbeit geäussert. Das Rätsel ihrer hundertprozentigen Harmonie selbst bleibt bestehen. Ihre literarische und wissenschaftliche Bedeutung schliesslich zeigt sich schon darin, dass ihre Werke auch heute noch nicht an Lebendigkeit eingebüsst haben.

Dr. Otto Brattskoven.

---

Ein richtiges Weihnachtsmärchen.<sup>x</sup>

---

SPD. Vor zehn Jahren wollte die Welt, der einmal ein Mensch geboren wurde, den man wegen seiner eigentlichen Menschlichkeit Gott nennt und nennen muss, wieder einmal das Geburtsfest dieses Menschen begehen. Der Spätnachmittag dunkelte heran - noch tat ein jeder seine Pflicht. Verkäufer rasten für verspätete Leute umher; in den Häusern rüstete man den Gabentisch; geschäftig rollten die Autos und Strassenbahnen durch die unter samtenem Schnee lautlos gewordene Stadt, und es schien wohl jedem, als wären alle Gaslaternen strahlender, alle blitzenden Fenster goldener, als wäre jeder einzelne Mensch ein ganz klein wenig besser im eigenen Herzen geworden.

Durch dieses Getriebe trippelte eilig Maren Heimers. Mit blaugefrorenen Händen hielt sie einen Tannenbaum, putzig klein und bescheiden, und einige Päckchen schlenkerten vom Arm gegen ihren dünnen Mantel. Nur Groschen hatte sie ausgeben können, für Christbaumschmuck, einen glänzenden Stern, und einige ersparte Mark für ein Paar hellfarbene, zärtlich anzufühlende Schuhe, die sie sich selbst zum Feste bescheren wollte.

Da blieb das Mädchen mitten im Getriebe plötzlich stehen. Sie wurde, als sie die vielen Menschen mit der Erwartung des Schenkens und Empfangens um sich sah, ein wenig müde, ein wenig traurig auf ihrem einsamen Wege. "Wem soll ich etwas schenken?" dachte sie inmitten der grossen, menschenerfüllten, brodelnden Stadt. "Wer wird mich mit lachenden Augen anblicken; wer wird irgendwo ein paar freundliche Gedanken für mich haben? Die Eltern sind nicht mehr; die kleinen zwei Zimmer liegen kalt in einem kalten Hause und werden mit jedem Anblick der alten Möbel von den Eltern zu erzählen wissen. Keine Freundin hat ein wenig Zeit für mich an einem so wichtigen Tage!"

"Guten Abend", sagte da neben ihr eine unfrohe Stimme, "Frohes Fest mit dem Spielzeugbaum!" Die letzten Worte sollten wohl eigentlich ironisch klingen, aber sie wurden so etwas wie ein verzichtender Neid.

Maren Reimers sah neben sich einen jungen Menschen, der die Hände fröstelnd in den Taschen seines dünnen Regenmantels vergrub und das Verkehrszeichen zur Überquerung der Strasse abzuwarten schien. Sie ging, erbost über die Frechheit des Fremden, ein paar Schritte weiter. Aber dann stand eine Güte in ihr auf und schalt mit ihrem kleinen Herzen. War es denn recht, an einem Weihnachtsabend unfreundlich gegen einen frierenden Menschen zu sein? Er stand noch immer dort an der Bordschwelle. Die Strasse lag nun frei vor ihm. Er blickte Maren nach, mit einem Paar Augen, die etwas zu erbitten und - viel zu verschenken hatten.

Schon war Maren zurücklaufend, ihm wieder ganz nahe: "Frohes Fest wünsche ich auch Ihnen! Es ist nicht recht von Ihnen, mit meinem kleinen Bäumchen zu verhöhnen. Haben Sie vielleicht ein besseres? Danach sehen Sie nicht aus!"

Wollte sie das sagen? Wollte sie nicht vielmehr vorhin gutmachen, was ihr Schweigen böse erschienen liess? Seine zwei Augen waren eigenartig verwandelt; die junge Stimme tat weh: "Nein...ich habe kein besseres - aber das ist ja eben." Er wollte gehen.

War das Maren Reimers, die ihre blaugefrorene Hand nach einem feuchten Regenmantel vorstreckte und, fast flüsternd, sagte: "Oh, verzeihen Sie, aber das konnte ich doch nicht wissen, das konnte ich nicht wissen! Feiern Sie nirgends Weihnachten? Nirgends? Haben Sie keinen Menschen, zu dem Sie gehen? Sind Sie so einsam? Feiern Sie nicht allein?"

"Wozu allein? Das ist keine Feier!"

Meine Gedanken, ging es dem Mädchen durch den Kopf, meine eigenen Gedanken! "Nein", sagte sie leise vor sich hin - aber es war doch zu hören, und das hatte sie nicht gewollt, "das geht nicht!"

"Sie sehen - es lässt sich nichts dagegen machen."

"Kommen..., kommen Sie...wollen Sie mit diesem Spielzeugbäumchen feiern? Ich kann Ihnen nichts weiter bieten...aber wenn Sie so allein sind! So kommen Sie schon!" Und da sie ihm kurzweg das Bäumchen in die Hand gedrückt hatte, musste er wohl folgen.

Sie gingen an einem Warenhaus vorüber. "Oh", sagte Maren verlegen, "ich habe noch etwas Aufschnitt vergessen. Aber mit dem Baum können Sie da nicht herumlaufen. Wollen Sie im Erfrischungsraum auf mich warten? Haben Sie Geld für einen Kaffee oder so? Der täte Ihnen jetzt gut!"

Er lächelte: "Ich erwarte Sie dort, kleine Madonna!"

Maren huschte zum Fahrstuhl...

Der junge Mann im dünnen Regenmantel geht vorbei am Erfrischungsraum. Er kauft hier am Stand eine Kleinigkeit, dort eine Flasche süssen Wein, dort ein Paar Wildlederhandschuhe für eine niedliche blaugefrorene Hand, da eine billige Goldkette, ein Gelegenheitsangebot, wie der Verkäufer erklärt. Als Maren mit drei kleinen Paketen in den Erfrischungsraum kommt, sitzt er artig bei einer Tasse Kaffee und hat alles in dem dünnen Regenmantel verstaut. Draussen trägt er dann das Spielzeugbäumchen so, dass die vollgepfropfte Seitentasche verdeckt ist.

Leiser Schnee fällt. Und jetzt hämmern die Glocken ihr Bim-Bam-Bum-Bim-Bam-Bum. Hoch über den Dächern thront die Feierlichkeit und die Freude der Menschen, und wenn Kinder in den glänzend geputzten Himmel über bereifte Firsten blicken, dann sagen sie, jedes Jahr zur gleichen Stunde: "Sieh mal, ein ganz grosser goldener Engel!"

Um diese Stunde ist es schon warm in Marens kleinem Zimmer mit den roten Plüschmöbeln. Der junge Mann arbeitet hingegen an dem grossen Werk, aus dem Spielzeugbäumchen ein strahlendes Ereignis der Weihnacht zu machen. In der Küche summt das Fräulein Reimers zum Kesselsurren ein kleines Lied. Jetzt trägt sie dampfenden Kaffee herein. Aber an der Tür fällt beinahe das Tablett mit der Kanne, mit dem Berg Kuchen und einem einfachen, reichlichen Abendbrot zur Erde: der Baum glänzt unter vielen Lichtern, so vielen, wie nur darauf gehen wollen. Glitzerketten werfen Reflexe an die Tapete, und darunter...

"Nein, das sollten Sie nicht, das sollten Sie nicht! Sie sollten sich lieber einen warmen Mantel kaufen, als Wein und Gold und Handschuhe und - und - darum

habe ich Sie nicht eingeladen! Darum nicht!"

Sie weint. Hunderttausend Menschen weinen Weihnachten, und ihr dürft nicht glauben, dass diese Tränen wenig wiegen: sie sind mehr wert als alle Schätze - denn es sind Tränen um ein paar kleine Dinge, die nichts wert, die aber so kostbar sind, dass man bei ihrem Anblick weinen muss. Saht ihr das Kind vorhin? Es hat geweint, weil ein Schaukelpferd unter dem Baume stand. Unter seinem Spielzeugbaum! - -

Und jetzt habe ich euch die Sache schon verraten, und ihr wisst, dass es ein richtiges Märchen war, ein Märchen vom grössten Dichter der Welt: vom Leben; geschrieben auf das kostbare Papier der Welt: in die Herzen deiner Eltern, Kind! Das war die erste Weihnacht, die deine Eltern zusammen feierten - nie gab es ein Fest so festlich; es sei denn jenes, da du zum erstenmal über die Pracht, den Glanz stauntest, als dein kleiner Mund noch keine Worte kannte, aber das Entzücken ihm schon vertraut war.

Dort steht Maren Reimers. So glücklich war sie vor zehn Jahren, am Weihnachtsabend, als wir uns lieben lernten, zwei verlassene Kinder in einer eiskalten Strasse - und sie blieb das Kind als Frau. Der Gott, der uns Weihnachten geboren wurde, schenkte allen Menschen das Kinderherz, da er sagte: "Lasset die Kindlein zu mir kommen!" und er schenkte ihnen die Kinder, damit auch sie, zwischen Gelderraffen, Arbeit und Mühsal einmal im Jahre Kinder der Erinnerung werden - unterm Spielzeugbäumchen!

Walter Anatole Persich.

SPD. Ein seltsamer Wurm.<sup>x</sup> In Spalten des Meeresbodens lebt, besonders in der Südsee in der Nähe der Samoa-Inseln, ein seltsamer Wurm, der sogenannte Palolo-Wurm, der für zwei verschiedene Wissenschaftler, für den Zoologen und für den Astronomen, von ganz besonderem Interesse ist. Von dem zur Ordnung der Borstenwürmer gehörigen Tiere trennt sich zur Zeit der Geschlechtsreife das fingerdicke Hinterende mit den Geschlechtsorganen ab und bewegt sich vollständig frei und selbständig im Meere. Diese Hinterenden der Würmer erscheinen in unermesslicher Menge jährlich zweimal am Strande, das erstemal im Oktober und das zweitemal im November. Ganz besonders interessant ist es nun aber, dass dieses Erscheinen beide Male genau am Tage vor Vollendung des letzten Mondviertels und am Tage des letzten Mondviertels selbst eintritt. Die Würmer sind eine Lieblingsspeise der Insulaner und werden zu den bestimmten Zeiten massenweise aus dem Meere gefischt. Nach Entleerung der Geschlechtsprodukte ins Meer sterben die Hinterenden ab, während die Vorderenden der Tiere am Leben bleiben. Ueber den Zusammenhang des Erscheinens, das mit unfehlbarer Pünktlichkeit zur Zeit des letzten Mondviertels erfolgt, mit dem Trabanten unsrer Erde ist bis jetzt noch nichts bekannt. Es ist vorläufig noch Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung, festzustellen, ob und inwieweit der Mond einen Einfluss auf Leben und Fortpflanzung dieses seltsamen Wurmes hat.

SPD. Ein verschwundener Fluss.<sup>x</sup> Im Apennin in Mittelitalien ist vor kurzem der Rosarofluss, der eine Wasserkraftanlage speiste, plötzlich in eine karstähnliche Höhle verschwunden und auf der anderen Seite des Berges wieder zum Vorschein gekommen. Die Angestellten der Zentrale bemerkten, dass die Maschinen ein langsames Tempo erhielten und plötzlich ganz aussetzten. Man suchte den Grund festzustellen und kam bis an die Höhle, wo sich das Wasser des Flusses kaskadenförmig in das Innere des Berges ergoss.